

» WEIL'S
GERECHT IST:
MISCHEN
WIR UNS EIN!

Armut
Gewalt
Ohnmacht
Ausbeutung
Frauenhandel
Ungleichheit
Lohnsklaverei
Müttersterblichkeit
□□□

 Katholische
Frauenbewegung

www.kfb.at

Weil's gerecht ist

Behelf zur entwicklungspolitischen Arbeit
der Katholischen Frauenbewegung

 Katholische
Frauenbewegung



© Litzbauer

Liebe Frauen und Interessierte!

Dass Sie diesen Behelf zum entwicklungspolitischen Engagement der Katholischen Frauenbewegung in Händen haltet, zeugt von Eurem Interesse an dem Thema. Dafür möchte ich zuallererst danken!

Diese Handreichung soll Sie bei Ihrer Arbeit in Pfarre und Gemeinde inhaltlich unterstützen. Sie liefert Ihnen Hintergrundinformationen zu einer Vielzahl von Themen sowie Material zum konkreten Engagement der kfb und ihrer Aktion Familienfasttag. Die kfb hat für die Jahre 2015-2017 unter dem Titel „Weil’s gerecht ist“ die Entwicklungspolitik zum Schwerpunktthema gemacht. Der Grund dafür ist die Tatsache, dass die kfb weit über den zeitlichen Rahmen der Fastenzeit hinaus entwicklungspolitisch aktiv ist, sei es auf lokaler wie auf nationaler Ebene. Für Viele von Ihnen ist wahrscheinlich das Suppenessen oder die Sammlung in der Pfarre während der Fastenzeit der zentrale Zeitpunkt, um Ihren Mitmenschen die Anliegen der Aktion Familienfasttag zu vermitteln und auf die entwicklungspolitischen Arbeitsfelder der kfb aufmerksam zu machen. Aber es gibt viele Aktivitäten darüber hinaus: von den Bildungsangeboten und Benefizveranstaltungen vor Ort über die Vernetzungsarbeit und Kooperation mit Einrichtungen der Diözese oder des Landes, die Öffentlichkeitsarbeit, das Engagement in Kampagnen bis hin zur Arbeit der Gremien auf Diözesan- und Österreich-Ebene. Viele beherzte Frauen und die kfb als Gesamtorganisation engagieren sich das ganze Jahr zu entwicklungspolitischen Themen. „Weil’s gerecht ist“ – so haben wir auch diesen Behelf genannt. Denn der Einsatz für globale Gerechtigkeit ist unser christlicher Auftrag aus dem Evangelium heraus und wird u.a. in unserem entwicklungspolitischen Handeln spürbar. Wir wollen Sie bei diesem Handeln tatkräftig unterstützen und uns gemeinsam mit Ihnen für ein gutes Leben für alle einsetzen.

Veronika Pernsteiner, M.A.

Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung Österreichs

INHALT

- 03 Weil’s gerecht ist – wofür wir uns einsetzen
- 05 Unser Einsatz für Gerechtigkeit: die Aktion Familienfasttag und das entwicklungspolitische Engagement der kfb
- 07 Die Projektzusammenarbeit: Themen und Beispiele
- 14 Auf der Suche nach dem guten Leben – Von Wanderschaft und Flucht
- 16 Enzyklika „Laudato Si“ über die Sorge für das gemeinsame Haus“ von Papst Franziskus
- 17 Interview mit dem Geistlichen Assistenten der kfb P. Dr. Franz Helm SVD zur Enzyklika
- 18 Gerechtigkeit als Frage des Lebensstils – Anwaltschaft in Österreich
- 20 Wir agieren nicht allein: Arbeiten im Netzwerk
- 21 Adelante: Fairer Bio-Kaffee aus Frauenhand – eine Kooperation zwischen kfb und EZA Fairer Handel
- 24 Was heißt Empowerment und wozu speziell Frauen fördern?
- 27 Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit und ihr Blick auf die Frauen
- 29 FAQ – Häufig gestellte Fragen
- 32 Rundenmodell für Frauengruppen
- 34 Das neue Weltspiel aus Frauenperspektive: Die Welt „begreifen“
- 35 Glossar

Impressum: Eigentümerin, Herausgeberin und Verlegerin: Katholisches Frauenwerk in Österreich, Spiegelgasse 3, 1010 Wien
Für den Inhalt verantwortlich: Anja Appel
Redaktion: Anja Appel, Milena Müller-Schöffmann
Layout: Martin Renner, renner graphic design
Druck: Druckerei Schmitz; August 2015

Weil's gerecht ist – wofür wir uns einsetzen

„Im zivilgesellschaftlichen Engagement für Gerechtigkeit und Solidarität zeigen sich Gottes Spuren im Handeln der Menschen heute. Denn dort, wo eine Praxis sich vollzieht, die im Sinne der biblischen Tradition erfolgt, d.h. dort, wo sich Nächstenliebe, Solidarität und Gerechtigkeit finden, da ist Gott.“

So hat es Dr.in Regina Polak, Professorin für Praktische Theologie an der Universität Wien, zum Ausdruck gebracht. Für sie ist die Gerechtigkeit eine zentrale theologische Kategorie, die die christliche Tradition leider lange vergessen hat: Gerechtigkeit ist die Form der Liebe, sagt sie und versteht damit den christlichen Glauben auch sehr politisch.

Prof.ⁱⁿ MMag.^a Dr.ⁱⁿ Regina Polak, im science.talk auf ORF am 1.4.2015

Die Auseinandersetzung darüber, was Gerechtigkeit ist, sein kann oder soll, wird seit der Antike geführt. Eine ganz allgemeine Definition stammt aus dieser Zeit: Gerecht ist eine Handlung dann, wenn sie jedem/r das gibt, was ihm/ihr zusteht. Nach welchen Kriterien dies jedoch bewertet werden soll, blieb seither weitgehend umstritten. Gerechtigkeit im weiteren Sinn kann verlangt werden von Personen, und politischen (Staat, Gesetz) wie nicht-politischen Institutionen bzw. Systemen (Ehe, Familie, Wirtschaft). Dieser Gedanke muss heute auf die internationale und globale Ebene angewandt werden. Gerechtigkeit im engeren Sinn bezieht sich vor allem auf die zwischenmenschliche Ebene, also die Verteilung von Vorteilen und Lasten, von Rechten und Pflichten sowie Gütern. All diesen Verständnissen ist eine Grundnorm gemeinsam, wie sie auch in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert wurde: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“.

Armut und Gerechtigkeit sind auch zentrale Inhalte der Bibel: wie ein roter Faden zieht sich das Thema Gerechtigkeit durch die gesamte Heilige Schrift. An mehreren Tausend Stellen wird es aufgegriffen, werden soziale Ungerechtigkeit und Armut behandelt. Der hebräische Begriff *zedaka* / Gerechtigkeit bezeichnet ein an der Gemeinschaft orientiertes Handeln, das Tun der Gerechtigkeit. Zwischen Menschen bedeutet Gerechtigkeit die Ausrichtung am Gemeinwohl. Gegen unsolidarisches, nur auf den eigenen Vorteil bedachtes Handeln appellieren die Propheten, endlich „Recht und Gerechtigkeit“ im Land zu verwirklichen (Bibelwerk).

Das Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit hat auch in der christlichen Soziallehre eine jahrhundertealte Tradition. Die Kirchen in Österreich haben so etwa in ihrem Sozialwort aus dem Jahr 2003 eine breite Palette an Themen, Handlungsbedarf und Forderungen formuliert, die sich für Österreich und die globale Gemeinschaft stellen. So bekennen sie sich zum Einsatz, „gemeinsam mit vielen Menschenrechtsorganisationen, für eine Globalisierung von Rechten ein: die allgemeinen Menschenrechte, soziale, politische und ökonomische Rechte sowie spezifische Frauenrechte müssen weltweit anerkannt und durchgesetzt werden“ (273).¹ Weiters heißt es in den Kapiteln „Einsatz für weltweite Gerechtigkeit“: und „Für gerechte Rahmenbedingungen:

Aufgaben für die Kirchen

- Die Kirchen sind aufgerufen, mehr Mittel als bisher für Bewusstseinsbildung zu Fragen der internationalen Politik und mehr Ressourcen für die Mitgestaltung internationaler Vorgänge bereitzustellen. (274)
- Die christlichen Kirchen in Österreich erhöhen die Ausgaben für Entwicklungsförderung und Mission durch einen verbindlichen Stufenplan. Der Ökumenische Rat der Kirchen richtet dazu eine Arbeitsgruppe ein, um Ziele, Ausmaß und Zeitplanung abzustimmen. (275)

¹ Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (2003): S. 45f. Angabe des Absatzes jeweils in Klammern.

- Die christlichen Kirchen lenken die Aufmerksamkeit ihrer Mitglieder auf globale Vorgänge und laden sie ein, sich auch an den entsprechenden Initiativen zu beteiligen. (276) [...]
 - Die Kirchen treten für einen Demokratisierungsprozess auf internationaler Ebene ein, der die wirtschaftlich benachteiligten Länder stärkt und die verschiedenen Nicht-Regierungs-Organisationen in die Entscheidungsvorgänge einbindet. (278)
- Aufgaben für die Gesellschaft**
- Die Kirchen erwarten, dass in Österreich ein verbindlicher Stufenplan zur Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden erarbeitet wird, um möglichst rasch die vereinbarte Höhe von 0,7% des Brutto-Sozialprodukts zu erreichen. (279)
 - Die Kirchen fordern die Regierung auf, Information und Spenden für Entwicklungszusammenarbeit durch geeignete Maßnahmen zu fördern, insbesondere auch durch steuerliche Absetzbarkeit. (280)
 - Die Kirchen treten dafür ein, dass Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) auf ihre Umwelt- und Sozialverträglichkeit, unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf Frauen, geprüft werden. (281)
 - Die Kirchen fordern die Regierungen auf, bei Entschuldungsprogrammen darauf zu achten, dass die Schuldnerländer und ihre zivilgesellschaftlichen Gruppen an der Ausarbeitung geeigneter Maßnahmen und Programme angemessen beteiligt werden. (282)
 - Die Kirchen erwarten von der Politik, die Regulierung der Finanzmärkte durch geeignete Maßnahmen, wie etwa die Einführung einer Tobin-Steuer, voranzutreiben. (283)
 - Die Kirchen appellieren an die Regierung, sich für eine Stärkung der UNO und ihrer vielfältigen, teils autonom agierenden Einrichtungen sowie für eine administrative, strukturelle und institutionelle Reform der Weltorganisation einzusetzen, die auch eine Neugestaltung des UN-Budgets beinhaltet. (284)

Die kfb Leitlinien

Im zentralen Grundlagenpapier der kfb, in den kfb- Leitlinien finden sich mehrere Anknüpfungspunkte zum Thema Gerechtigkeit.

Frauen in der Gesellschaft...

Die kfb weiß sich dem Auftrag des Evangeliums verpflichtet, „die Würde und die Rechte des Menschen zu verteidigen, Situationen aufzuzeigen, in denen die Menschenwürde verletzt wird und selbst dazu beizutragen, dass die Würde und die Rechte des Menschen in Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft verwirklicht werden.“ (Sozialhirtenbrief Nr. 123) Im Bewusstsein der gleichen Würde von Frauen und Männern tritt die kfb dafür ein, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse so gestaltet werden, dass Frauen und Männer an allen Lebensbereichen gleichberechtigt teilhaben und sie gestalten können.

Die kfb versteht sich als eine Gemeinschaft, die Frauen befähigt, ihren Anliegen und Interessen Gehör zu verschaffen und sich aktiv an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebensraumes zu beteiligen. [...] Um den Anforderungen gerecht zu werden, die mit dem gesellschaftspolitischen Auftrag des Evangeliums verbunden sind, muss politische Bildung ein Schwerpunkt der Arbeit der kfb sein.

Gerechtigkeit

27) Die kfb tritt dafür ein, dass wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen Selbstbestimmung von Ehepartnern, verantwortliche Elternschaft, Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie partnerschaftliche Arbeitsteilung von Erwerbs- und Familientätigkeit möglich sind.

Friede

30) Die kfb tritt ein für eine Kultur des Teilens und des weltweiten Umverteilens als Beitrag für eine aktive Friedenspolitik.

Bewahrung der Schöpfung

32) Die kfb sensibilisiert Frauen für einen bewussten Umweltschutz im eigenen Umfeld. Von der Wirtschaft und vom Gesetzgeber fordert sie Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Prozesse dem notwendigen Umweltschutz anzupassen. [...]

Frauensolidarität

35) Die kfb beobachtet kritisch die politischen Vorgänge im eigenen Land und weltweit. Sie erhebt überall dort ihre Stimme, wo die Rechte von Frauen und sozial Schwachen gefährdet sind.

36) Die kfb macht auf die besondere Situation von Frauen in bäuerlichen und industriellen Bereichen aufmerksam, die aus Gründen des Strukturwandels in finanzielle und menschliche Not geraten.

40) Die kfb pflegt Kontakte und Partnerschaften zu Frauen anderer Länder und Erdteile. Die Aktion „Familienfasttag“ will dazu beitragen, die Lebensbedingungen von Frauen in „Ländern des Globalen Südens“ zu verbessern und gleichzeitig das entwicklungspolitische Bewusstsein in unserem Land zu bilden.

„Niemand kann gegenüber den Ungleichheiten, die weiterhin in der Welt bestehen, gefühllos bleiben“, sagte Papst Franziskus 2013 auf seiner Reise nach Brasilien. Und weiter: „Werdet nicht müde, für eine gerechtere und solidarischere Welt zu arbeiten!“

Unser Einsatz für Gerechtigkeit:

die Aktion Familienfasttag und das entwicklungspolitische Engagement der kfb

Die historischen Anfänge

Die Aktion Familienfasttag zählt zu den ältesten entwicklungspolitischen Initiativen in Österreich. Prof.ⁱⁿ Herta Pammer – von 1957 bis 1978 kfbö-Vorsitzende – prägte die österreichische Entwicklungsförderung, indem sie 1958 die Aktion Familienfasttag zur Bekämpfung des Hungers in der Welt ins Leben rief. Angesichts der dramatischen Situation in Korea forderte sie erstmals unter dem Motto „Teilen“ dazu auf, sich mit der Situation der Frauen in aller Welt auseinanderzusetzen. Als Familienfasttag wurde damals ein traditionsreicher kirchlicher Fasttag gewählt, der „Quatemberfreitag“, 2. Freitag in der vorösterlichen Fastenzeit. Mit dem Aufruf, nur eine einfache Mahlzeit zuzubereiten, wurde die Bitte verknüpft, das dadurch ersparte Geld als konkreten Akt des Teilens und der Solidarität für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen.

Mehr als Spenden – gemeinsames Engagement

Herta Pammer und viele andere kfb-Frauen mit und nach ihr beeinflussten und gestalteten die entwicklungspolitische Arbeit der kfb. Die Grundidee des Teilens stellt auch heute noch, fast sechzig Jahre später den Kern unseres Engagements dar. Aber aus dieser ursprünglichen Idee, den Akt des persönlichen Verzichts zu einem Zeichen der Solidarität zu machen, wurde mittlerweile zu einem umfassenderen Teilen erweitert. Teilen heißt daher heute für die Katholische Frauenbewegung anteilnehmen, bewusst geben und sich für mehr Gerechtigkeit einsetzen.

Daher geht die Aktion Familienfasttag seit langem über das Sammeln von Spenden hinaus. (Politische) Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit waren und sind bis heute wesentliche Bestandteile. Sie erstrecken sich über das ganze Jahr. Die Motivation für dieses ganzjährige entwicklungspolitische Engagement nimmt die kfb

aus dem Evangelium. Die Verantwortung zum Teilen erwächst aus der Schöpfungsordnung. Gott hat die Güter der Erde für alle geschaffen.

Das Bewusstsein in EINER Welt zu leben, in der die Lebenschancen und die Güter zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich, zwischen Frauen und Männern höchst ungerecht verteilt sind, erfordert von Christinnen und Christen eine Haltung des Teilens. Das gemeinsame entwicklungspolitische Engagement verbindet daher viele Frauen in der Katholischen Frauenbewegung. Das aktuelle Motto „teilen spendet Zukunft“ steht für ihr Selbstverständnis, für eine gerechtes Miteinander hier und jetzt einzutreten und die Welt von heute und morgen gestalten zu können und wollen.

Unser Auftrag heute

Die Aktion Familienfasttag der kfb erbringt eine wichtige Übersetzungsleistung von einer stärkenden, hoffnungsspendenden Spiritualität in die praktische Umsetzung durch politisches Handeln. Dabei spannt sie einen Bogen zwischen den unterschiedlichen Erfahrungen und Lebensrealitäten von Frauen weltweit und den jeweiligen kulturell und politisch geprägten Handlungsoptionen. Durch diese Position der kfb mit ihrer Aktion Familienfasttag als Schnittstelle zwischen Frauenwelten, -bedürfnissen und -nöten und den politischen Handlungen aus dem christlichen Glauben heraus ergibt sich die Verpflichtung, zur differenzierten inhaltlichen (entwicklungspolitischen) Auseinandersetzung zu einzelnen Themen. Zentrale Aufgabenbereiche und Instrumente der kfb sind: Fördern – Bilden – Engagieren – Qualität sichern.

Fördern – Partnerschaftliche Zusammenarbeit

Zentrales Anliegen der Aktion Familienfasttag ist die Förderung von Frauen im Sinne einer ganzheitlichen Ermächtigung zur selbstbestimmten Gestaltung des

| Unser Einsatz für Gerechtigkeit:

Lebens. Neben der Verwirklichung der Menschenrechte geht es der kfb um weltweit gerechte Wirtschafts-, Gesellschafts- und Machtstrukturen. Die Projektpolitik der Aktion Familienfasttag basiert auf einem partnerschaftlichen Ansatz, der eine auf gegenseitiges Vertrauen und einen intensiven Austausch basierende Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen anstrebt. Deren Einschätzung und Expertise bilden eine zentrale entwicklungspolitische Basis für die Projekt- und anwaltschaftliche Arbeit der kfb. Die langfristige Partnerschaft und nachhaltige Wirkung sind wichtige Aspekte der Projektarbeit. Die kfb will mit ihrer Projektzusammenarbeit:

- die Menschen, insbesondere Frauen und Mädchen, unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit in allen Bereichen ganzheitlich fördern und die Menschenrechte und -würde gewährleisten.
- Maßnahmen zum Schutz und zur Stärkung von Frauen gegenüber Gewalt und Konflikten fördern und sie insbesondere darin unterstützen, ein Leben frei von Gewalt zu führen.
- die Position der Frauen in der Gesellschaft stärken und die Durchsetzung von Frauenrechten, Gleichberechtigung und die Ermächtigung (Empowerment) von Frauen fördern.
- Strukturverändernde Prozesse fördern und Probleme an ihren Wurzeln angehen.
- die kulturelle und religiöse Identität der Betroffenen berücksichtigen.
- einen Beitrag zur Förderung besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen leisten.

Bilden – Empowerment und Austausch

In der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit werden Themen der globalen Gerechtigkeit bearbeitet und Handlungskompetenzen in einer zunehmend komplexen Welt vermittelt. Ein wesentliches Augenmerk wird auf die in der Projektzusammenarbeit zentral thematisierte Förderung von Frauen und ihrer Ermächtigung/Empowerment gelegt. In diesem Zusammenhang werden:

- jährlich Multiplikatorinnen-Seminare auf diözesaner wie österreichweiter Ebene angeboten.
- Materialien für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen erstellt und kostenlos zur Verfügung gestellt.
- Veranstaltungen zu entwicklungspolitischen Themen in Kooperation mit entwicklungspolitischen und/oder Frauenorganisationen angeboten.
- die Begegnung und der Erfahrungsaustausch von Frauen des Globalen Südens und des Globalen Nordens gefördert und ermöglicht (Besuche von ProjektpartnerInnen, Sensibilisierungsreisen, u.a.).

- die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Österreich/ Inlandsarbeit gefördert (Welthäuser, Netzwerke, Initiativen u.a.).

Engagieren – Anwältin für Gerechtigkeit

Die entwicklungspolitische Anwaltschafts- und Kampagnenarbeit will auf die Anliegen von Frauen in Ländern des Globalen Südens aufmerksam machen. In ihrem Selbstverständnis als Anwältin für Gerechtigkeit verschafft sie sich Gehör durch:

- Teilnahme an Kampagnen und Aktionen (Clean Clothes Kampagne, Mutternacht, 16 Tage gegen Gewalt, u.a.)
- Mitarbeit in Netzwerken und Arbeitsgruppen
- punktuelles politisches Lobbying
- Öffentlichkeitsarbeit

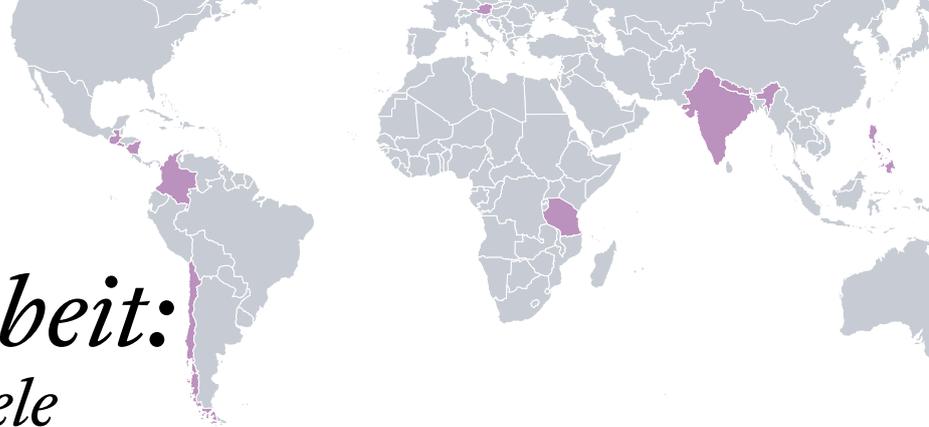
Damit will die Katholische Frauenbewegung Einfluss auf EntscheidungsträgerInnen in Kirche, Wirtschaft und öffentlichen Stellen gewinnen.

Qualität sichern – Transparenz und Kontrolle

Im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Aktion Familienfasttag sorgt die Katholische Frauenbewegung für:

- eine sorgfältige Auswahl der geförderten Projekte
- professionelle Projektbegleitung durch erfahrenes Fachpersonal
- Sparsamkeit bei Werbung und Verwaltung
- jährliche Überprüfung der Finanzgebarung durch eine/n unabhängige/n Wirtschaftsprüfer/in, sowie durch die Kammer der Wirtschaftstreuhandler zur Erlangung des Spendengütesiegels zur Sicherstellung von Transparenz und Qualität
- Publikation eines regelmäßigen Tätigkeits- und Finanzberichts
- transparente Darstellung der Organisationsstruktur und der Entscheidungskriterien entsprechend der Selbstverpflichtung der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Entwicklung und Mission (KOO).

Die Projekt- zusammenarbeit: Themen und Beispiele



Projektarbeit der kfb heute:

Die Projektarbeit der Aktion Familienfasttag der kfb wird in einer Kooperation mit der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar (DKA) in Form der ARGE Projekte umgesetzt.² Daraus ergeben sich viele gemeinsame Agenden und ein sich verstärkendes Wirken in Regionen. Zurzeit arbeiten 12 Personen in der Projektbearbeitung und –betreuung in der ARGE Projekte für die kfb. Die kfb unterstützt mit der Aktion Familienfasttag Projekte in folgenden Ländern:

- Asien: Indien, Philippinen, Nepal
- Lateinamerika: Zentralamerika (Nicaragua, Guatemala, El Salvador), Kolumbien
- Afrika: Tanzania

Darüber hinaus werden punktuell auch Projekte in anderen Ländern unterstützt, wenn sie den Kriterien der kfb entsprechen.

Die kfb hat sich auch ausführlich über die inhaltliche Arbeit innerhalb der Projektarbeit auseinandergesetzt und folgende zentrale Themen definiert:

- Bildung/Bewusstseinsbildung
- Gesundheit
- Gesicherte Lebensgrundlagen
- Menschenrechte/Zivilgesellschaft

Bildung und Bewusstseinsbildung

Bildung und Bewusstseinsbildung waren schon immer ein zentraler Bereich in der kfb-Arbeit in Österreich wie im Rahmen der Projektzusammenarbeit. Getragen wird die Arbeit der kfb von Werten wie Selbstbestimmung, Partizipation, persönliche Entwicklung und Gemeinschaft. Bildung ist ermächtigende Bildung, wenn sie Bewusstseinsbildung mit einschließt: „Die Zukunft der Bildung ist eine der entscheidenden Herausforderungen einer modernen Gesellschaft. Bildung, die dem Menschen gerecht wird, wurzelt in einem lebendigen Interesse an der Welt, das zutiefst aus dem Staunen, der Achtung und der Dankbarkeit kommt. Neugier, Achtsamkeit, Verantwortungsbewusstsein, Beziehungsfähigkeit und Weltoffenheit sind grundlegende Ziele einer Persönlichkeitsbildung, die von Kindheit an grundgelegt wird und ein Leben lang weiterzuentwickeln ist. Darauf bauen jene Fähigkeiten auf, welche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, in Wirtschaft und Politik ermöglichen: Allgemeinbildung,

Vertrautheit mit modernen Technologien und berufsspezifische Qualifikationen. Diese Bildungsziele sind aufeinander bezogen, bedingen und ergänzen sich“³.

In beinahe allen Projekten und Programmen, die die kfb mit der Aktion Familienfasttag unterstützt, sind Bildung und Bewusstseinsbildung wichtige Komponenten der Arbeit. Sei es in der Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft, in einkommenschaffenden Projekten, in der Gesundheitsprävention oder im Menschenrechtsbereich: in allen diesen Projekten und Programmen sind Bildungs- und Lernprozesse ein nicht wegzu denkender Teilbereich. Wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, staatliche Angebote der schulischen Bildung zu ersetzen, sondern ergänzend non-formale Bildung zu fördern und Zugang zu staatlichen Bildungsangeboten zu ermöglichen.

Frauen und Bildung

Bereits ab der Grundschule haben Mädchen in Ländern des globalen Südens einen erschwerten Bildungszugang. Sowohl die wirtschaftliche Situation vieler Familien, als auch das Rollenbild von Frauen und Männern tragen dazu bei, dass weniger Mädchen als Buben

² In der gemeinsamen Arbeit sind auch Grundlagenpapiere und Länderstrategien entstanden, die die inhaltliche Grundlage für dieses Kapitel bilden. Dank gilt der ARGE Projekte und der DKA für die Bereitstellung dieser Texte.

³ Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich 2003

die Schule besuchen. Die Rolle der Mädchen ist es oft, in der Hausarbeit mitzuhelfen und auf ihre jüngeren Geschwister aufzupassen. Für sie ist Heiraten die einzig vorgesehene Option. In Indien haben bspw. viele Eltern gar kein Interesse daran, dass ihre Töchter eine höhere Bildung erreichen, da dadurch das Heiratsalter und die zu zahlende Mitgift steigen. Wenn aus finanziellen Gründen nicht alle Kinder die Schule besuchen können, müssen die Mädchen in der Regel zurückstecken. Es herrscht Konsens darüber, dass die Bildung von Mädchen und Frauen in vielerlei Hinsicht die Entwicklung von Gesellschaften fördern würde. Und obwohl das Ziel der Weltgemeinschaft lautet, die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frauen zu fördern, gelingt es nicht, die dafür notwendigen Bildungsmaßnahmen und -chancen einzurichten. Mädchen und Frauen sind weiterhin auf allen Ebenen des Schulsystems benachteiligt.

Projektbeispiel:

Ein Traum wird wahr – Die nepalesische Frauenbewegung Nepal Mahila Bishwasi Sangh unterstützt Frauen in Krisen

Vima Gharti ist Lehrerin. Schon als Kind träumte sie von diesem Beruf. Doch nie hätte sie sich gedacht, dass dieser Traum in Erfüllung gehen könnte. Denn sie lebte in Sisakhani, einem kleinen Dorf in Nepal, und ihre Familie war arm. Mädchen aus armen Familien am Land haben kaum Chancen auf höhere Bildung. In der traditionellen patriarchalen Gesellschaft Nepals gelten Mädchen weniger als Buben. Das zeigt sich insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit: Wenn die Mittel nicht reichen, wird Buben der Vorzug gegeben. Ähnlich wird bei Vorsorgeuntersuchungen gespart. Daran ändern auch die Bemühungen von staatlicher Seite nur wenig. Verständlich, dass Vimas Traum

zerbröckelte, als bei ihr im Alter von 15 Jahren ein Herzfehler festgestellt wurde.

Eine Frau in ihrem Dorf riet ihr, sich an das Krisen-zentrum der Nepal Mahila Bishwasi Sangh (NMBS) in Kathmandu zu wenden. Diese nepalesische Frauenbewegung bietet in einem kleinen, zweistöckigen Haus Frauen eine bescheidene Unterkunft, wenn sie z.B. in medizinischen Notfällen oder bei Gewalt in der Familie dringend Hilfe brauchen. Auch Vima hießen sie hier willkommen. Sie begleiteten sie zu Untersuchungen und organisierten schließlich die fehlenden Mittel für die teure Herzoperation über das NMBS-Netzwerk.

Im aufgeschlossenen Klima im NMBS-Zentrum erkannte Vima, dass ihr Traum wahr werden könnte. Bald nach ihrer Genesung bat sie die Frauen im Krisen-zentrum erneut um Aufnahme. Hier lernte Vima, die bis dahin nur den Volksschulabschluss hatte, für das School Leaving Certificate (SLC), das in Österreich dem Pflichtschulabschluss entspricht. Das ermöglichte ihr, noch zwei weitere Klassen der Sekundarstufe zu besuchen.

Nach ihrem Schulabschluss kehrte Vima in ihr Dorf zurück. Seither arbeitet sie als Lehrerin und ist den Mädchen dort ein wichtiges Vorbild. Vima Gharti gehört zu den 50 Frauen, die sich jedes Jahr über die Trainings und Ausbildungsprogramme von NMBS bessere Arbeitsmöglichkeiten erschließen und so zum Familieneinkommen beitragen können.

Zur Organisation NMBS

NMBS ist ein Netzwerk von 200 Frauen, die sich zusammengeschlossen haben, um Frauen und Mädchen unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion zu fördern. Verstreut über das ganze Land, bieten sie den Frauen in ihren Gemeinden Trainings an: Sie bringen ihnen Lesen und Schreiben bei. Sie klären sie auf, wie sie sich vor Krankheiten und AIDS schützen können. Und sie zeigen ihnen Möglichkeiten auf, wie sie sich ein zusätzliches Einkommen erwirtschaften können. Das Rüstzeug für diese Trainings holen sich die NMBS-Frauen in Kursen im Zentrum in Kathmandu. NMBS legt hohen Wert darauf, den jungen Frauen neben der klassischen Schulbildung wichtige Alltagsfähigkeiten beizubringen und sie über Gesundheitsaspekte und Rechte aufzuklären.



Vima Gharti konnte mit dem Einkommen aus ihrer Hühnerzucht zu ihrem Unterhalt während der Ausbildung in Kathmandu beitragen.

Non-Formale Ausbildungsklasse Alphabetisierung



Gesundheit

Die Relevanz des Themas Gesundheit ergibt sich zum einen aus der natürlichen „Betroffenheit“ aller Menschen weltweit mit Fragen ihrer eigenen körperlichen wie seelischen Gesundheit. Insbesondere Frauen tragen dabei eine besondere Verantwortung für ihren Körper und sind gleichzeitig aufgrund ihrer sozial, kulturell und wirtschaftlich benachteiligten Stellung in vielen Gesellschaften einer Vielzahl von gesetzlichen, sozialen und psychischen Repressionen sowie körperlichen Gefahren ausgesetzt. Zum anderen sind die Zusammenhänge zwischen Fragen der Gesundheit in einer Gesellschaft und die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit international anerkannt und finden in einer Vielzahl von Konventionen und politischen Aktionsprogrammen ihren Niederschlag. Gesundheit ist auch vielen PartnerInnenorganisationen ein großes Anliegen, weshalb dieses Themenfeld von der kfb vor allem als integrierte Komponente gefördert wird. In vielen Programmen zur Förderung von Frauen setzen diese beim Thema reproduktiver Gesundheit an. Als Antwort auf die mangelnde Basisgesundheitsversorgung besonders für Frauen im ländlichen Raum werden u.a. Ausbildungen zu Hebammen oder Gesundheitsarbeiterinnen durchgeführt. Grundsätzlich liegt der Schwerpunkt der kfb im Empowerment von Frauen. In den letzten Jahren wurde das Thema „Arbeit gegen Gewalt an Frauen“ aufgegriffen, das weiterhin aktuell ist und weitergeführt wird. Dabei werden vor allem marginalisierte Gruppen und die Vernetzung von Fraueninitiativen gefördert. Die kfb unterstützt in ihrer entwicklungspolitischen Arbeit Projekte, die folgende gesundheitsschädliche Faktoren bekämpfen:

Geringstellung der Mädchen und Frauen in der Gesellschaft allgemein – Fehlender Zugang zu Bildung und Aufklärung – Mangelhafte Versorgung mit medizinischer Grundversorgung und Schwangerschafts-/Geburtsbegleitung – Schlechte Ausstattung mit wirtschaftlichen Ressourcen und hohe Arbeitsbelastung – Gewalt an Mädchen und Frauen

Projektbeispiel:

„Keine Frau soll mehr verbluten“ – Wie ein privates Schicksal zu einem Lebensauftrag wurde

Indien, südlich von Kolkata in Westbengalen: Im Oktober 2000 liegt eine Frau am Straßenrand in starken Wehen. Ihr Mann hatte sie in der Früh zu einer Krankenstation bringen wollen. Wegen des schlechten



© Kampfer/kfb

Theater ist eine große Attraktion in den Dörfern der Sundarbans. Mithilfe von Theaterstücken thematisieren MitarbeiterInnen von SSDC viele brisante Themen, hier die Gefahr des Mädchenhandels.

Zustands der Straße und der Distanz konnten sie kein Auto oder Ambulanzfahrzeug organisieren. Einzig eine von einem Mann gezogene Rikscha blieb als Transportmittel für die Distanz von weit über einer Stunde übrig. Plötzliche Blutungen und extreme Schmerzen zwangen sie zum Anhalten, der Mann hatte Angst um seine Frau und rief aus Verzweiflung einen befreundeten Arzt an. Dieser konnte mit einer Krankenschwester zu ihnen gelangen und die Frau stabilisieren. Sie gebar am Straßenrand neben der Rikscha, durch Gewand von Blicken geschützt, ein gesundes Kind. Letztendlich ging alles gut, aber der Vater des Kindes, der seine Frau hatte beinahe verbluten sehen, setzte sich in den Kopf, etwas zu ändern. Sein Name ist Bhakta Purkait. „Keine Frau soll mehr verbluten“ sind seine Worte und er hat die Erfahrungen aus diesem schicksalhaften Erlebnis zu seinem Lebensauftrag gemacht.

Zur Organisation SSDC

Die Organisation Sundarban Social Development Centre (SSDC) arbeitet in der Region Sunderbans mit Frauen- und Jugendgruppen und Dorfkomitees zu den Themenbereichen Gesundheit (insbesondere Frauen- und Müttergesundheit), Ökologie bzw. Umweltverschmutzung und deren Auswirkungen sowie einkommensschaffende Maßnahmen. Durch die Arbeit in den Gruppen und Komitees sollen das Bewusstsein für Hygiene, ökologische Kreisläufe ebenso geschärft werden wie vermittelt werden, durch welche einfachen, teilweise traditionelle Maßnahmen, sich die Gesundheit der Frauen und ihrer Familien verbessern lassen. Zu den vielseitigen Aktivitäten von SSDC gehören u.a.:

- Bewusstseinsbildung und Ausbildung mit gesundheitlichen Schwerpunkten: Gesundheitsvorsorgecamps, Ausbildung für traditionelle Geburtshilfe und Dorfdoktoren, Familienplanung, traditionelle Medizin, Ernährungslehre, Säuglingspflege, Aufklärung über HIV/AIDS
- Information zu Wasserschutz: Sanitärprogramme und Bau von Latrinen und Trinkwasserbrunnen, Ausbildung der Frauen in der Instandhaltung und Pflege
- Kundgebungen und öffentliche Veranstaltungen zum Thema Wasserversorgung und Hygiene

SSDC versucht auch, die Frauen zu mobilisieren, damit diese lernen, für ihre Rechte einzutreten. In Kundgebungen bspw. für eine adäquate Wasserversorgung gehen die Frauen in die Öffentlichkeit und kämpfen für ihre Rechte und die ihrer Kinder und Familien.

Als Gründer der Organisation Sundarban Social Development Centre (SSDC) nutzte er seine Reputation und Expertise und lobbyierte er für grundsätzliche Verbesserungen für Frauen und auch für eine bessere Straße. 2002 eröffnete er ein Geburtshaus auf dem Areal von SSDC.

Indien ist ein Land der Widersprüche. Zu diesen gehört, dass in vielen Städten zwar eine mehr oder weniger gute Infrastruktur an Spitälern, Schulen und sauberem Trinkwasser existiert, aber trotzdem so viele Menschen mit einer geringen oder gänzlich ohne eine gesundheitliche Basisversorgung und ohne Bildungsmöglichkeiten leben müssen. Ein Grund dafür liegt in den Distanzen, denn Indien ist kein normaler Staat, sondern hat geographische Ausmaße eines Kontinents. Das führt dazu, dass bspw. in der Region Sunderbans südlich von Kolkata, wo eine mangelhafte Infrastruktur und ein sehr schlechtes Gesundheits- und Hygienewer-



Frauen sind durch ihre Verpflichtungen im Haushalt und der Landwirtschaft körperlich mehrfach beansprucht.

sen herrschen, die Menschen nicht einfach in die Metropole fahren können, um sich dort zu versorgen. Die Großstadt ist schlicht und einfach für die meisten nicht erreichbar. Daher ist es ganz besonders wichtig, die Versorgung der Menschen in ihren Dörfern zu gewährleisten und sie darin zu stärken, für ihre Rechte einzutreten, indem sie sich zusammenschließen und die Regierung in die Pflicht nehmen.

Gesicherte Lebensgrundlagen

Prognosen gehen davon aus, dass die Weltbevölkerung bis ins Jahr 2050 um ein Drittel auf ca. 9,2 Mrd. ansteigen wird. Dieser Zuwachs wird geografisch sehr ungleich verteilt sein: Einer weitgehend stabilen, alternden Bevölkerung im globalen Norden steht ein massiver Anstieg in den derzeit als Entwicklungsländer geltenden Regionen gegenüber: 2,25 der 2,3 Mrd. zusätzlichen WeltbürgerInnen werden dort hinzukommen. Dieses Bevölkerungswachstum erhöht die Dringlichkeit der Frage von zukunftsfähigen Lebensstilen und der Notwendigkeit einer nachhaltigen Ressourcennutzung enorm. In einem groß angelegten Prozess auf UN-Ebene wurde versucht, einen systematischen Überblick über den globalen Zustand von 24 Schlüssel-Ökosystemdienstleistungen zu gewinnen. Ökosysteme stellen in dieser Systematik vier grundlegende Dienste zur Verfügung: Versorgung, Regulierung, kulturelle Leistungen und strukturelle Leistungen. Diese stehen in direkten Wirkungsverhältnissen mit dem menschlichen Wohlbefinden hinsichtlich von Sicherheit, der materiellen Grundlagen für ein gutes Leben, der Gesundheit, guten Sozialbeziehungen und Wahl- und Handlungsfreiheit. Mittlerweile wurde wissenschaftlich belegt, dass sich die Erde in einem Zustand der Degradation (Verschlechterung) befindet. 15 der untersuchten Ökosystemdienstleistungen befanden sich in einem Zustand fortgeschrittener und/ oder anhaltender Zerstörung. Die am wenigsten nachhaltige Nutzung und damit größte Gefährdung werden den Systemen Süßwasser, Fischbestände, Luft- und Wasserreinhaltung,

lokales und regionales Klima bspw. durch Naturgefahren und Schädlinge attestiert. Die Auswirkungen der Übernutzung von Ökosystemen in den letzten 50 Jahren schädigen bereits jetzt die Lebensbedingungen vieler Menschen, überproportional stark jedoch jene von armen Bevölkerungsgruppen. In Armut lebende Menschen sind am stärksten von Ökosystem-Dienstleistungen abhängig und gegenüber Veränderungen in diesen Systemen am verletzlichsten.

Die Gleichheit im Zugang zu Ressourcen und Macht unterscheidet gerechte menschliche Entwicklung von eindimensional ökonomisch verstandener Entwicklung. Der Bericht über die menschliche Entwicklung 2010 des UNDP stellt fest, dass sich die Ungleichheit zwischen den Ländern des globalen Nordens und Südens in den letzten 20 Jahren vergrößert hat.

Frauen und natürliche Lebensgrundlagen

Für Ernährungssicherung von Gemeinschaften spielen Frauen eine zentrale Rolle. Denn sie sind in vielen Ländern und Kulturen vorrangig für den Lebensmittelanbau und das Sammeln von Nahrungspflanzen zuständig. Gleichzeitig übernehmen sie gemeinsam mit Männern wichtige Aufgaben im Erwirtschaften von agrarischen und nicht-agrarischen Einkommen. Aufgrund fortschreitender Verarmung kleinbäuerlicher Familien kommt es in vielen Regionen vermehrt dazu, dass auch weibliche Familienmitglieder Arbeit in städtischen Zentren oder im Ausland suchen. Erschwerend hinzukommt der Umstand, dass Frauen nach wie vor einen

durch gesetzliche und soziokulturelle Faktoren eingeschränkten Zugang zu fruchtbarem Land und Landbesitz haben. In der Folge beschränkt dies dann auch die Teilhaben an sozialen Sicherheitssystemen und traditionellen Finanzdienstleistungen. Durch die Veränderung der traditionellen Arbeitsteilung und durch die Übernutzung ökologischer Ressourcen sowie den weltweiten Klimawandel erhöht sich die Arbeitsbelastung von Frauen. So gestaltet sich die Versorgung des Haushalts mit Wasser und Feuerholz, eine generell „weibliche“ Tätigkeit, vielerorts immer schwieriger. Aber während Frauen einerseits besonders hart von diesen krisenhaften Veränderungen betroffen sind, kommt ihnen andererseits auch eine Schlüsselfunktion in deren Abmilderung bzw. Anpassung zu: als wichtige Trägerinnen von lokalem und traditionellem Wissen. Durch die zumeist von ihnen bestellten kleinen Hausgärten wird ein wichtiger Beitrag zur Ernährungssicherung und Subsistenz geleistet, die angesichts von stark schwankenden Lebensmittelpreisen von enormer Bedeutung sind.

Projektbeispiel:

Kalter Kaffee macht schön, fair gehandelter unabhängig

María Isabel Zamora Muñoz ist Bäuerin in Pueblo Nuevo, einem Dorf im Norden Nicaraguas. Hier baut sie biologischen Kaffee, Getreide und Gemüse an. Vor vielen Jahren nahm sie Kontakt mit der Fundación Entre Mujeres (FEM) auf. Damals schuftete sie noch als Tagelöhnerin auf den Haciendas zahlreicher Großgrundbesitzer. „Früher baten wir um Erlaubnis, wenn wir zu einer Dorfversammlung oder einem Workshop gehen wollten. Wir hatten total verinnerlicht, dass wir den Männern gehören und ihnen gehorchen müssen. Aber die FEM kam zu uns und weckte uns auf. Jetzt entscheide ich, wie ich mich anziehe, was ich essen möchte. Wenn ich mal wohin reisen muss, dann frag ich nicht um Geld. Ich verfüge über eigene Einkünfte. Auch die Kom-

munikation zuhause hat sich verbessert, die Hausarbeit teilen wir gerecht.“

Vielen Frauen fehlen die erforderliche Bildung und das Wissen über ihre Rechte, um Wege aus der Armut zu finden. Insbesondere Frauen am Land haben deshalb kaum Zugang zu Anbau- und Weideflächen. Nur wenige erhalten Kredite für die landwirtschaftliche Produktion. So leben viele „von der Hand in den Mund“, verkaufen beispielsweise einfache, selbstgemachte Speisen am Straßenrand oder verdingen sich in der Prostitution. Solche Tätigkeiten im informellen Sektor sind weder sozial- noch krankensichert und stehen nicht unter dem Schutz der Gewerkschaften.

María Isabel Zamora Muñoz bei der Kaffeernte



© FEM



© Barbara Wändl/kfbö

FEM-Frauen einer Kooperative in Estelí im Norden Nicaraguas singen ein Lied der Hoffnung zum Dank an die Frauen der kfb.

Zur Organisation FEM

Die Frauenorganisation FEM arbeitet seit 1994 im Norden Nicaraguas. Sie bietet Frauen in Lernkreisen einen geschützten Raum, in dem sie über ihr Selbstwertgefühl als Frau sprechen können. Hier erfahren sie, dass sie ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben haben. FEM-Gruppen vermitteln aber auch tieferes Wissen über die nachhaltige Nutzung der Ressourcen, diversifizierte und biologische Landwirtschaft und die Möglichkeiten, wie man mit anderen LandarbeiterInnen Kooperativen gründen kann.

Menschenrechte und Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaft und Menschenrechte als gemeinsam zu behandelnde Themengebiete fanden erst in den 1990er Jahren Eingang in die internationale Diskussion. Die Zivilgesellschaft wird in der Sozialenzyklika „Caritas in Veritate“, von Papst Benedikt XVI. als „fruchtbarer Boden“ für gelebte Gemeinschaft und Solidarität gesehen, der an Bedeutung gewinnt angesichts der zuletzt in Gefahr gekommenen „fundamentalen Menschenrechte“ und der Abnahme „traditioneller Formen der Solidarität“ durch einen Sozialstaat.

Es gibt eine Vielzahl an Akteuren und Akteurinnen, die in der Sphäre der Zivilgesellschaft aktiv tätig sind. Diese reichen etwa von glaubensinspirierten Organisationen, alternativen Medien, Freiwilligenorganisationen, Basisgemeinden, Selbsthilfegruppen, community based organisations, sozialen Bewegungen, ethnischen Gruppierungen bis hin zu Gewerkschaften.

Dabei unterstützen wir insbesondere die Gemeinschaftsbildung bzw. die Basis- und Menschenrechtsarbeit auf lokaler Ebene im Sinne der Subsidiarität. Zum anderen fördert die kfb strategisch, koordiniert und politisch handelnde AkteurInnen, die einen klaren Bezug zu Marginalisierten aufweisen und Machtstrukturen zu deren Gunsten verändern sowie die politische Partizipation und/oder eine sozial nachhaltige Wirtschaft fördern. Sie sind für die Anwaltschaftsarbeit der kfb und die Herausbildung stärkerer zivilgesellschaftlicher Strukturen besonders relevant.

Dabei ist uns bewusst, dass der Umfang der Aufgaben die Möglichkeiten von zivilgesellschaftlichen Organisationen oft weit übersteigt. Zivilgesellschaftliche Organisationen befinden sich hierbei in einem unauflösbaren Spannungsfeld zwischen oft erschreckenden Realitäten und der Vision einer besseren Welt.

Frauenrechte

1947 wurde eine Frauenstatuskommission (Commission on the Status of Women, CSW) gleichrangig zur Menschenrechtskommission im System der Vereinten Nationen eingerichtet. Die Aufgabe der CSW ist es, Informationen über die Missverhältnisse zwischen der rechtlichen und der tatsächlichen Lebens- und Arbeits-

situation von Frauen in den Mitgliedstaaten zu sammeln, den einzelnen Staaten in Form von Berichten zur Verfügung zu stellen und im Falle von schwerwiegenden und systematischen Verletzungen von Frauenrechten auch zu intervenieren.

Obwohl das Prinzip der Geschlechtergleichstellung und Nichtdiskriminierung aufgrund von Religion, Herkunft, Abstammung, Sprache, politischer Überzeugung und Geschlecht bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den internationalen Menschenrechtspakten festgeschrieben ist, ist die weltweite Umsetzung der beiden Prinzipien noch lange nicht erreicht. Aus diesem Grund schlug die CSW Ergänzungen zu den Entwürfen der Menschenrechtspakte vor, um einen erneuten Fokus auf die bestehenden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen zu werfen. Die CSW hat es geschafft, Frauenrechte in einer Vielzahl von internationalen Erklärungen und Verträgen zum Thema zu machen.

Der wichtigste Menschenrechtsvertrag für Frauen ist CEDAW – Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women, einer UN-Konvention, die sich ausschließlich mit der Diskriminierung von Frauen beschäftigt. Artikel 2 der Frauenrechtskonvention verpflichtet die Vertragsstaaten, jede Form der Diskriminierung der Frau zu verurteilen und mit allen geeigneten Mitteln unverzüglich eine Politik der Beseitigung der Diskriminierung der Frau zu verfolgen.

Die Rechte, die in CEDAW enthalten sind, sind Ergänzungen, Vertiefungen und Präzisierungen der bürgerlichen und politischen Menschenrechte sowie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. In CEDAW werden somit konkrete gesetzliche Maßnahmen zur Abschaffung jeglicher Diskriminierung von Frauen und zur Geschlechtergleichberechtigung gefordert und sie bietet Frauen den Rahmen, Selbstbestimmung und bessere Lebensbedingungen einzufordern. Diverse Berichte ermöglichen u.a. Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, auf die Empfehlungen zurückzugreifen und gegenüber ihren Regierungen konkrete Umsetzungsschritte zur Gleichstellung und Frauenrechten einzufordern.

Projektbeispiel:

Mutige Mädchen werden starke Frauen

Valentinas Freundin wurde vergewaltigt. Aber niemand glaubte ihr. Sie schrieb ein Theaterstück darüber und spielte es mit ihren Freundinnen zu Hause heimlich durch. Auf diese Weise wollten sie die Gewalttat aufarbeiten. Schließlich vertrauten sie sich Valentinas Mutter an. Seit Jahren in einer Frauengruppe engagiert, wusste sie, dass am besten eine Frauenorganisation die Mädchen unterstützen kann. Die Mädchen schrieben verschiedene Organisationen an. Vamos Mujer hat als erstes reagiert. „Sie haben uns Hilfe geschickt. Begleiterinnen und eine Psychologin. Und sie haben begonnen, mit uns zu arbeiten, und so ist die Gruppe entstanden“, erzählt Valentina.

„Wir Mädchen haben ein Recht darauf, nicht diskriminiert zu werden,“ steht auf der Plakette, die die Mädchen in ihrem Viertel verteilen.



Die Mädchengruppe um Valentina schreibt Theaterstücke und führt sie vor Mädchen in anderen Vierteln auf. So zeigen sie ihnen, wie sie sich vor Gewalt schützen können. Damit verändern sie das Bild der Frauen und Mädchen in der Gesellschaft.

Zur Organisation Vamos Mujer

Die Frauenorganisation Vamos Mujer beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Phänomen der innerfamiliären Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Die meisten Übergriffe passieren dort, wo die Mädchen und Frauen eigentlich geschützt sein sollten: in der Familie, im Wohnviertel, in der Schule. Wollen Frauen Vergewaltigung und andere Gewalttaten gegen sie zur Anzeige bringen, werden sie vielfach abgewiesen. Gewalt in der Familie sei Privatsache, hören sie dann und werden ein weiteres Mal zu Opfern. Darum zeigen viele Frauen ihre Peiniger nicht an.

Jene Frauen, die sich in Kolumbien für ihre Rechte einsetzen oder sich gegen Gewalt an Frauen engagieren, werden dadurch oft besonders verletzlich. Viele von ihnen werden aus ihrer Stadt vertrieben und flüchten in andere Teile des Landes.

Die Frauenorganisation begleitet zahlreiche Frauengruppen in Medellín und im Department Antioquia. Sie stärkt die Frauen darin, sich vor Gewalt zu schützen und öffentlich dagegen aufzutreten. Vamos Mujer will auf die Formen von Gewalt an Frauen und Mädchen aufmerksam machen. Sie fordert von den PolitikerInnen entsprechende Maßnahmen, die Situation zu verändern. Es muss klar werden, dass Gewalt an Frauen kein privates und individuelles Problem ist.

Auf der Suche nach dem guten Leben – Von Wanderschaft und Flucht

Gutes Leben“ ist ein Begriff der feministischen Ethik. Dieser Begriff will all das fassen, was nicht nur einzelnen Individuen, Gebieten, Ländern ein besseres Leben ermöglicht, sondern weltweite Gerechtigkeit im Blick hat. MigrantInnen machen sich auf den Weg, um Veränderungen zu suchen, um zu leben, zu überleben.

Ganz aktuell erleben wir in Österreich ganz nah, was es bedeutet, wenn Menschen sich auf diesen Weg begeben haben. Die Situation der MigrantInnen, insbesondere der Flüchtlinge, hierzulande sorgt für heftige Debatten und oftmals menschenverachtende Äußerungen und Taten. Politische Signale, wie etwa eine Steigerung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, die die Situation der Menschen in ihrer Heimat verbessern würden, bleiben aus. Gleichzeitig zeigt sich in diesen Zeiten aber auch großes menschliches Engagement, wie viele Menschen sich solidarisch fühlen mit der aus Not und Krieg entkommenen Menschen.

Migration hat sich beschleunigt

Zuerst einmal zur Definition – um zu klären, wovon überhaupt gesprochen wird. Das Wort Migration stammt vom lateinischen Begriff „migrare“ und bedeutet Wanderung. Migration ist ein globaler Prozess, den es schon seit jeher gegeben hat. Lediglich die Formen und Bedingungen, unter denen Menschen migrieren sowie die Reaktionen, wie Aufnahmeregionen mit MigrantInnen umgehen, unterliegen einem gesellschaftlichen Wandel.

Wandern, auswandern, sich den eigenen Lebensraum selber aussuchen zu dürfen, ist ein Menschenrecht. USA, Australien, Mittelamerika, ja selbst Österreich als ursprünglicher Vielvölkerstaat, bieten StaatsbürgerInnen heute Heimat, die irgendwann einmal dort hingewandert sind – interessanter Weise sind es häufig auch diese Länder, die jetzt besonders rigide mit Einwanderung umgehen.

Menschen wandern aus, weil sie arm sind, weil sie verfolgt werden, keine Arbeit oder Perspektiven haben, ihr Land von Bürgerkrieg oder bewaffneten Konflikten

betroffen ist. Wir können davon ausgehen, dass Migration in der heutigen Zeit immer schneller vonstatten geht. Weniger Menschen wandern auf Dauer in ein wirtschaftlich besser gestelltes Land, die vorherrschende Form ist Migration auf Zeit. Solche Muster „transnationaler Mobilität“ sind oftmals ein Hin- und Herwandern, Transmigration zwischen mehreren Ländern, Rückkehr in die Heimat nach mehrjährigem Auslandsaufenthalt, saisonales Pendeln und Migrationsrotation innerhalb der Familien. Die meisten Menschen hegen nicht von sich aus den Wunsch, auszuwandern.

Migration verändert Familien, verändert Menschen, verändert Länder, verändert Welten. Schon seit jeher. Migration bewegt Finanzen in unglaublichem Ausmaß. Regionen überleben von dem Geld, das aus dem Ausland gesendet wird, auf der anderen Seite hungern sie weiter, da ihnen das Engagement, die Ausbildung, das Wissen und die Aktivität genau jener Menschen fehlt, die migriert sind. Unsere Gesellschaft wäre ohne MigrantInnen schwer überlebensfähig.

Auf der Flucht

Betrachtet man Migrationsströme aufgrund von Katastrophen, Kriegen, Verfolgungen und dergleichen, dann spielen sich diese zumeist in den Nachbarregionen ab. Flüchtende müssen schnell handeln und suchen meist temporären Schutz. Dies führt in Ländern des Südens oftmals zu sehr schwierigen Situationen, da Regionen, wo die Versorgung der selbst dort lebenden Menschen häufig knapp ist, großen Mengen von Flüchtenden noch zusätzlich Unterkunft und Verpflegung bieten sollen. Internationales Recht definiert einen Flüchtling als eine Person, die sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, oder die wegen eines Krieges oder innerstaatlichen Konflikts geflohen ist. Als Flüchtlinge werden sie von jenen Regierungen anerkannt, welche die Abkommen der Vereinten Nationen, oder regionale Flüchtlingsabkommen unterzeichnet haben. Daneben gibt es noch „Binnen-Flüchtlinge“, das sind jene Personen, die vor Konflikten innerhalb eines Gebietes in ein anderes Gebiet innerhalb ihres Heimatlandes flüchten.

2013 mussten über 16 Millionen Menschen weltweit flüchten. Konflikte, ethnische Auseinandersetzungen, Menschenrechtsverletzungen durch Staaten und bewaffnete Gruppierungen, Armut oder wirtschaftliche Aussichtslosigkeit beziehungsweise eine Kombination aus mehreren dieser Gründe zwingen Menschen dazu, ihr Land zu verlassen. Meist erfolgt Aufbruch unter Zwang und nicht aus freiem Entschluss. In diesem Zusammenhang verschwimmt die Grenze zwischen Flüchtlingen, die vor Verfolgung und Gewalt fliehen, und MigrantInnen, die ihr Land auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Chancen verlassen, immer mehr. Vielfach befinden sich Menschen immer mehr in Zwangslagen, da sie ihr Land sowohl wegen ihres wirtschaftlichen Elends als auch auf Grund von Verfolgung und Konflikten verlassen müssen. Die Zielländer fühlen sich immer weniger in der Lage, die Menschen aufzunehmen, die an ihrer Türe klopfen. In einer Zeit wachsender Fremdenangst reagieren sie mit der Errichtung von Zutrittsschranken. Um diese Hürde zu überwinden, deklarieren sich MigrantInnen oft fälschlich als Flüchtlinge. (In Ländern, wo ArbeitsmigrantInnen gebraucht werden, aber kein Asylverfahren bekannt ist, gibt es übrigens die umgekehrte Situation. Dort geben sich Flüchtlinge als WirtschaftsmigrantInnen aus.)

Wenn Menschen sich zur Migration entschließen, dann wandern sie häufig in Gegenden aus, mit denen sie etwas verbinden: So wandern die meisten Menschen zunächst in nahe gelegene Regionen oder Nachbarländer aus, weil diese ihnen vertraut und leichter erreichbar sind. Viele NordafrikanerInnen gehen nach Frankreich, weil sie aufgrund der Kolonialgeschichte Französisch sprechen. MittelamerikanerInnen wandern in die USA ein, weil diese der stärkste Wirtschaftspartner und dadurch überall in Mittelamerika präsent sind. Tendenziell migrieren Menschen dahin, wo sie Bekannte haben, über die sich die Einwanderung organisieren lässt und die ihnen den Einstieg erleichtern.

Zunehmend schärfer werdende Zuwanderungskontrollen und restriktivere Gesetzgebung in den Aufnahmeländern führten zu starkem Anstieg der undokumentierten Migration. Es wird angenommen, dass die Zahl der undokumentierten MigrantInnen in etwa gleich hoch ist wie der offiziellen. Dies geht auf den Versuch der Einwanderungsländer zurück, sich gegenüber Zuzügen abzugrenzen, kann jedoch aber auch so verstanden werden, dass die politischen Kräfte versuchen, MigrantInnen in ihrem rechtlichen Status abzuwerten, um sie zu zwingen, ihre Arbeitskraft noch billiger zu verkaufen. Jedenfalls steigen für MigrantInnen die Kosten, da sie immer häufiger die Hilfe von professionellen



„Schleppern“ in Anspruch nehmen müssen. Im deutschsprachigen Raum wird undokumentierte Migration zumeist noch mit dem denunziatorischen Begriff „illegale“ Migration beschrieben. Mit dem Begriff Illegalität verbindet man kriminelle Machenschaften. Zu schnell tauchen im Kopf negative Assoziationen auf. Wer denkt bei „illegal“ schon an die Ungerechtigkeit, dass Menschenrechte eben doch teilbar sind? Nach Herkunftsland und Aufenthaltsstatus. Verschärfung der Kontrollen, Verschließen der Grenzen und eine dementsprechende engere Gesetzgebung schrecken selten MigrantInnen ab, sondern erhöht nur deren Risiken, beim Migrationsversuch umzukommen, erhöht die Kosten, fördert die Kriminalitätsnetzwerke des Schleppertums und liefert undokumentierte MigrantInnen (die zwangsläufig dadurch mehr werden) einem rechtslosen Status aus.

„... ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen“ Mt 25,35

Als kfb hatten wir in den letzten zwei Jahren den Schwerpunkt einander.begegnen. Wir wollten damit die Kompetenzen der Frauengemeinschaft aber auch ihr Potential in den Blick nehmen. Diese Auseinandersetzung hat uns gestärkt und uns gleichzeitig bewusst gemacht, wie wichtig es ist, aufeinander zuzugehen. In Zeiten wie diesen, in denen Menschen aus Not heraus in die Fremde gehen, ist dies ein wertvoller Schatz, den wir gemeinsam einbringen können. Sei es die konkrete Unterstützung Einzelner oder der allgemeine politische Einsatz für Integration. kfb-Gruppen können wesentlich dazu beitragen, dass fremdenfeindliches Verhalten/ eine fremdenfeindliche Atmosphäre in einem Ort erst gar nicht aufkommt, bzw. diese(s) wieder umschwenkt in Gastfreundlichkeit.

Enzyklika „Laudato Si – über die Sorge für das gemeinsame Haus“ von Papst Franziskus⁴

Im Juni 2015 wurde die Enzyklika „Laudato si: Über die Sorge für das Gemeinsame Haus“ von Papst Franziskus veröffentlicht. Ihre zentralen Botschaften sind: Der Klimawandel und die skrupellose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen bedrohen die Zukunft unseres Planeten. Die ökologische Frage ist eine Gerechtigkeitsfrage. Papst Franziskus kritisiert die Rücksichtslosigkeit des Menschen gegenüber der Natur und gegenüber seinem Nächsten gleichzeitig. Es steht in der Macht der menschlichen Gemeinschaft, umzusteuern und die fatale Dynamik aufzuhalten. Papst Franziskus ruft daher PolitikerInnen, Gemeinschaften und Menschen aller Generationen angesichts des Klimawandels und sozialer Ungerechtigkeit zum Handeln auf. Ein starker und offener Ton sowie ein basisbezogener Ansatz prägen dieses Lehrschreiben, das den Weg für einen Dialog mit allen Menschen guten Willens auch weit über die katholische Kirche hinaus eröffnet. Gemeinsam sollen und können so Lösungen für die aktuelle ökologische Krise und den Kampf gegen Ungleichheit gefunden werden.

Papst Franziskus stellt seine Enzyklika „Laudato Si“ in die Tradition der kirchlich-lehramtlichen Soziallehre, die mit ihr um die ökologische Dimension erweitert wird. So gibt er eine Reihe von Leitlinien an, die es durchziehen:

- Die enge Beziehung zwischen den Armen und der Anfälligkeit des Planeten,
- die Überzeugung, dass in der Welt alles miteinander verbunden ist,
- die Kritik am neuen Machtmodell (Paradigma) und den Formen der Macht, die aus der Technik (Technologie) abgeleitet sind,
- die Einladung, nach einem anderen Verständnis von Wirtschaft und Fortschritt zu suchen.

Papst Franziskus erwähnt in seiner Enzyklika die wichtige Arbeit, welche viele zivilgesellschaftliche Organisationen bei ihrem Einsatz für Gerechtigkeit leisten: „Anerkennenswert ist die Aufgabenstellung von internationalen Organisationen und Vereinigungen der Zivilgesellschaft, welche die Bevölkerungen sensibilisie-

ren und kritisch mitwirken – auch unter Einsatz legitimer Druckmittel“. Diese Unterstützung bestärkt gemeinsam mit der Botschaft der Hoffnung auf einen Wandel, welcher die Enzyklika durchzieht, die kfb und ihre Verbündeten und gibt Kraft für unsere zukünftige Arbeit.

In seiner neuen Enzyklika (Lehrschreiben) weist Papst Franziskus auf den fehlenden Fortschritt bei der Bekämpfung des Klimawandels hin und ruft zu schnellem Handeln auf, um der wachsenden ökologischen Krise entgegenzutreten. „Von Seiten der Politik ist eine größere Aufmerksamkeit nötig, um den Situationen, die neue Konflikte verursachen können, zuvorzukommen und sie zu lösen. Doch die mit dem Finanzwesen verbundene Macht ist das, was sich am meisten gegen solche Bemühungen sträubt.“

Nichtsdestotrotz zeigt Papst Franziskus die Möglichkeiten einer sozialen Transformation auf, welche die Reaktionen auf die Klimakrise herbeiführen können. Das Klima sei ein gemeinschaftliches Gut von allen und für alle und darum ruft die Enzyklika uns auf, die Ärmsten in die Mitte zu stellen – jene, die für die schrecklichen Konsequenzen des Klimawandels nicht verantwortlich sind aber am meisten darunter leiden und am wenigsten Möglichkeiten zu reagieren haben. Viele Gemeinschaften auf der ganzen Welt wie zum Beispiel in der Amazonas-Region, werden verfolgt, weil sie sich für die Bewahrung der Schöpfung und für ihre Rechte gegen Megaprojekte einsetzen. Solche Kohle-, Minen-, Monokulturen- oder Staudamm-Projekte zeigen anschaulich, wie einige mächtige Reiche und Konzerne vom aktuellen Wirtschaftsmodell profitieren, welches auf fossilen Rohstoffen und extremem Bergbau basiert. Es ist dringend notwendig, sich von diesen zerstörerischen Praktiken abzuwenden und zukunftsfähige Systeme, unter anderem basierend auf nachhaltiger Energie, aufzubauen.

Papst Franziskus spricht mit diesem Rundschreiben die enge Verbindung von sozialer und ökonomischer Armut und der Verschlechterung der Umwelt an. Er zeigt auf, dass soziale und ökologische Ungerechtigkeiten Hand in Hand gehen. Der Klimawandel wird in Relation zu Armut und Ungleichheit gesetzt und

⁴ Die Enzyklika findet man unter: <http://w2.vatican.va>. Dank gilt der KOO für die Bereitstellung ihrer Analyse.

gemeinsam als zentrale Herausforderungen unserer Zeit benannt. Die „Lehre“, die der Papst aus der Bibel zieht, lautet: „Wir können nicht eine Spiritualität vertreten, die Gott als den Allmächtigen und den Schöpfer vergisst.“ (75) „Die christliche Spiritualität schlägt ein anderes Verständnis von Lebensqualität vor und ermu-

tigt zu einem prophetischen und kontemplativen Lebensstil, der fähig ist, sich zutiefst zu freuen, ohne auf Konsum versessen zu sein.“ (222) Eine unbefangene und bewusst gelebte Genügsamkeit wirke befreiend. Das begünstige, im Frieden mit sich selbst, ausgeglichen zu leben.

Interview mit dem Geistlichen Assistenten der kfbö P. Dr. Franz Helm SVD zur Enzyklika

Globale Armut und Ungerechtigkeit sowie Klimakrise können nur zusammen angegangen werden, schreibt der Papst. Welchen Auftrag liest Du für die Amtskirche heraus?

Wenn das Pontifikats-Motto von Papst Franziskus „Eine arme Kirche für die Armen“ gilt, dann fordert er zuerst und vor allem die Kirche selbst heraus, eine „integrale Ökologie“ zu verwirklichen, also eine klare Option für die Armen und das „bedrohte gemeinsame Haus“ zu treffen. Das heißt, dass Entscheidungsträger und Leitungsverantwortliche in der Kirche nach den Kriterien der sozialen Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit handeln müssen. Und ich denke, die Öffentlichkeit wird sehr aufmerksam verfolgen, ob kirchenintern in diesem Sinne eine Umsetzung der Enzyklika erfolgt. Die Enzyklika ist wegen der Dringlichkeit der „Sorge um das gemeinsame Haus“ an alle Menschen gerichtet – besonders aber nimmt sie natürlich die Kirche selbst und ihre Amtsträger in die Pflicht. Für mich persönlich heißt es, noch entschiedener meinen Lebensstil und mein Konsumverhalten zu überdenken und noch klarer – vor allem auch bei Predigten und in Gesprächen – Stellung zu beziehen und den Zusammenhang zwischen globaler Armut und Ungerechtigkeit und Auswirkungen des Klimawandels in den sogenannten „Ländern des Südens“ anzusprechen und die Menschen in den Wohlstandsgesellschaften des globalen Nordens aufzurütteln.

Die kfb und andere NGOs versuchen seit langem, das Bewusstsein für internationale Solidarität, Fragen des Lebensstils und unsere politische Verantwortung als reiches Land zu thematisieren. Was können wir als kfb und unsere Verbündeten aus der Enzyklika mitnehmen?

Die Enzyklika stärkt die kfb und ihrem entwicklungspolitischen Engagement den Rücken. Von oberster kirchenamtlicher Stelle aus wird hier unmissverständlich ausgesprochen, wofür sich die kfb und viele andere kirchliche Hilfswerke in Österreich seit Jahren stark machen: Dass der Einsatz für globale Gerechtigkeit eine ChristInnenpflicht ist, dass politische und wirtschaftliche Strukturen zugunsten der Ärmsten verändert werden müssen – wobei sie selbst, und vor allem auch die Frauen, mit einzubeziehen sind – und dass es entscheidende Anstrengungen zur Bekämpfung der Erderwärmung und ihrer verheerenden Folgen braucht. Schon in „Evangelii Gaudium“ hat Papst Franziskus gesagt, dass die Eingliederung der Armen in die Weltgesellschaft als gleichberechtigte BürgerInnen nur

gelingen kann, wenn es zu einer Veränderung der Haltung, der Gesinnung und des Handelns der Menschen in den reichen Industrienationen kommt. Nun spricht er explizit den Individualismus und den technokratischen Machbarkeitswahn (post) moderner Gesellschaften an, der das Leben auf dem Planeten bedroht.

Die Änderung des Lebensstils bei uns ist ein Muss, um globale Gerechtigkeit ernsthaft zu erreichen. Wo würdest Du in Österreich die Priorität sehen?

Ich sehe eine Entscheidung für einen nachhaltigen Lebensstil als eine Entscheidung, die nicht so sehr Verzicht, sondern vielmehr gesteigerte Lebensqualität bringt. Es tut einfach dem Körper gut, weniger Fleisch zu essen, mehr zu Fuß zu gehen oder mit dem Rad zu fahren. Es entschleunigt, mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs zu sein. Da komme ich zum Lesen oder entspannten Nachdenken. Jeder und jede sollte schauen, wo er oder sie in den Bereichen Mobilität und Ernährung etwas verändern kann. Natürlich verstehe ich auch, dass manche – vor allem auf dem Land und wo Öffis fehlen – ohne Auto nicht auskommen. Und die sollten deswegen kein schlechtes Gewissen haben. Aber sich doch auch immer wieder fragen: Ist es wirklich notwendig, dass ich jetzt mit dem Auto fahre? Das Wichtigste scheint mir eine Veränderung der Einstellung und der Prioritäten zu sein. Das gilt auch für den Energieverbrauch. Viel kann durch ein bewussteres Konsumieren erreicht werden. So war es ja auch bei Fairtrade!

Wichtig ist mir noch zu sagen, dass die persönlichen Anstrengungen die politische und wirtschaftliche Ebene nicht aus der Verantwortung entlassen können. Es braucht unbedingt lokale und globale politische Entscheidungen und wirtschaftliche Strategien, damit die Erderwärmung eingedämmt wird. Weichenstellungen und Rahmenbedingungen haben zu tun mit steuerlichen Anreizen, Förderungen oder Sanktionen, die der Gesetzgeber beschließt. Und der globalen Erwärmung kann nur durch globale Anstrengungen entgegengewirkt werden. Die historische Hypothek der Industrienationen, die so viel CO₂ ausgestoßen haben, gehört dabei genauso berücksichtigt wie die Leistung von Reparationszahlungen für verursachte Umweltschäden und die Ermöglichung einer Entwicklung mithilfe von erneuerbaren Energien für die sogenannten „Entwicklungsländer“ bzw. Ländern des globalen Südens.

Gerechtigkeit als Frage des Lebensstils

Anwaltschaft in Österreich

„Zuerst muss man den Forderungen der Gerechtigkeit Genüge tun, und man darf nicht als Liebesgabe anbieten, was schon aus Gerechtigkeit geschuldet ist. Man muss die Ursachen der Übel beseitigen, nicht nur die Wirkungen.“

So steht es schon im Dekret über das Laienapostolat „*Apostolicam actuositatem*“ von 1965. Damals war den Verfassern bereits bewusst, dass es Pflicht der im Wohlstand Lebenden ist, für Gerechtigkeit zu sorgen bzw. die Grundlage für ein gutes Leben für alle Menschen zu legen. In den Formulierungen des Konzils kommt auch das Ziel der Ermächtigung klar zum Ausdruck. Heute, so viele Jahrzehnte später, sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich und das Machtgefälle innerhalb und zwischen Gesellschaften viel größer. Die globale (Finanz-)Wirtschaft ist maßgebliche Akteurin und mitverantwortlich an diesen Verhältnissen. Und wir, zumindest als KonsumentInnen, sind daran beteiligt. Daher liegt die Verantwortung für die Veränderung unseres Lebensstils bei uns selber. Im Bereich der Entwicklungspolitik steht der Begriff „Anwaltschaft“ für ein ganzes Bündel von Aktivitäten, die die Gesellschaft und Politik bei uns beeinflussen sollen, um eine Veränderung des Lebensstils zu bewirken und Maßnahmen zu setzen, die Einfluss auf das Leben der Menschen im Globalen Süden haben.

Zu diesen Aktivitäten gehören unter anderem Politikberatung, Lobbying, entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Kampagnen sowie Vernetzung. Dass die kfb als „Anwältin für Gerechtigkeit“ auftritt, liegt nahe, denn sie verfügt über die zentralen Instrumente: Bildungsangebote, engagierte/bewegte Frauen und Vernetzung mit anderen.

Papst Franziskus schreibt in seinem Apostolischen Schreiben *Evangelii gaudium*: „Diese Wirtschaft [des Ausschlusses und der Ungleichheit der Einkommen] tötet. [...] Es ist nicht mehr zu tolerieren, dass Nahrungsmittel weggeworfen werden, während es Menschen gibt, die Hunger leiden. Das ist soziale Ungleichheit. Heute spielt sich alles nach den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit und nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo der Mächtigere den Schwächeren zunichte-

macht. [...] In diesem Zusammenhang verteidigen einige noch die [...] Theorien [...], die davon ausgehen, dass jedes vom freien Markt begünstigte Wirtschaftswachstum von sich aus eine größere Gleichheit und soziale Einbindung in der Welt hervorzurufen vermag. Diese Ansicht, die nie von den Fakten bestätigt wurde, drückt ein undifferenziertes, naives Vertrauen auf die Güte derer aus, die die wirtschaftliche Macht in Händen halten [...]“

Die Projektebene

In unseren Projektländern gibt es zwar formal Gesetze, in denen Rechte festgeschrieben sind. Aber aufgrund von schwachen staatlichen Institutionen, mangelhaften und/oder korrupten Rechtssystemen oder toben dem (Bürger)Krieg, kann der Staat die Umsetzung bzw. Einhaltung dieser Rechte nicht kontrollieren und der/die Einzelne seine/ihre Rechte nur schwer vor Gericht einklagen. Unserer PartnerInnen hingegen wehren sich und kämpfen für die Umsetzung dieser Rechte. Sie können sich dabei auch auf internationale Abkommen berufen und ihre Forderungen dadurch legitimieren. Dazu gehören der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966), der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966) sowie die UN-Kinderrechtskonvention (1990). Viele unserer ProjektpartnerInnen agieren als „AnwältInnen für eine gerechte Welt“, indem sie sich für bessere Lebensbedingungen und die Rechte ihrer Mitmenschen einsetzen und in der Öffentlichkeit die Stimme erheben. Sie tun dies, indem sie die betroffenen Menschen selber über deren Rechte informieren und sich mit anderen AktivistInnen verbünden.

Die Österreich-Ebene

In Österreich treten ehrenamtliche und hauptamtliche kfb-Frauen ebenfalls als Anwältinnen auf. Auf der

einen Seite finden eine Vielzahl von Bildungs- und Informationsveranstaltungen in den Pfarren, Gemeinden und Diözesen statt, bei denen über die Situation und Arbeit unserer PartnerInnen informiert wird und mögliche Einflussmöglichkeiten und Handlungsalternativen hier in Österreich vorgestellt werden. Im Rahmen der Aktion Familienfasttag werden Spenden gesammelt, die den verschiedenen Projekten zugutekommen. Auf der anderen Seite unterstützt und engagiert sich die kfb als Organisation sowie viele ihrer Mitglieder in einer Vielzahl von (entwicklungs-)politischen Kampagnen und Netzwerken, beispielsweise für die Verwirklichung von Arbeitsrechten im Rahmen der Clean-Clothes-Kampagne oder bei Fairtrade.

2. Vatikanisches Konzil Dekret über das Laienapostolat „Apostolicam actuositatem“

Auszug aus Abschnitt 8.: „Heute, da die Kommunikationsmittel immer vollkommener arbeiten, die Entfernungen unter den Menschen sozusagen überwunden sind und die Bewohner der ganzen Erde gleichsam zu Gliedern einer einzigen Familie wurden, sind jene Tätigkeiten und Werke viel dringlicher und umfassender geworden. Das caritative Tun kann und muss heute alle Menschen und Nöte umfassen. Wo immer Menschen leben, denen es an Speise und Trank, an Kleidung, Wohnung, Medikamenten, Arbeit, Unterweisung, notwendigen Mitteln zu einem menschenwürdigen Leben fehlt, wo Menschen von Drangsal und Krankheit gequält werden, Verbannung und Haft erdulden müssen, muss die christliche Hilfe sie suchen und finden, alle Sorgen für sie aufwenden, um sie zu trösten und mit tätiger Hilfe ihr Los zu erleichtern. **Diese Verpflichtung obliegt in erster Linie den einzelnen Menschen wie den Völkern, die in Wohlstand leben.** Damit die Übung dieser Liebe über jeden Verdacht erhaben sei und als solche auch in Erscheinung trete, muss man im Nächsten das Bild Gottes sehen, nach dem er geschaffen ist, und Christus den Herrn, dem in Wahrheit all das dargeboten wird, was einem Bedürftigen gegeben wird. Man muss auch in tiefer Menschlichkeit auf die personale Freiheit und Würde dessen Rücksicht nehmen, der die Hilfe empfängt. Weder das Suchen des eigenen Vorteils noch Herrschsucht dürfen die Reinheit der Absicht beflecken.

Zuerst muss man den Forderungen der Gerechtigkeit Genüge tun, und man darf nicht als Liebesgabe anbieten, was schon aus Gerechtigkeit geschuldet ist. Man muss die Ursachen der Übel beseitigen, nicht nur die Wirkungen. Die Hilfeleistung sollte so geordnet sein, dass sich die Empfänger, allmählich von äußerer Abhängigkeit befreit, auf die Dauer selbst helfen können. Die Laien mögen also die Werke der Liebe und die Unternehmungen der sozialen Hilfe, private oder öffentliche, auch die internationalen Hilfswerke hochschätzen und nach Kräften fördern. Durch sie wird einzelnen Menschen und ganzen Völkern in ihrer Not wirklich geholfen. Dabei sollen die christlichen Laien mit allen Menschen guten Willens zusammenarbeiten.“

All diese Aktivitäten bedeuten eine Unterstützung der PartnerInnen bei ihrem Engagement und Einsatz vor Ort.

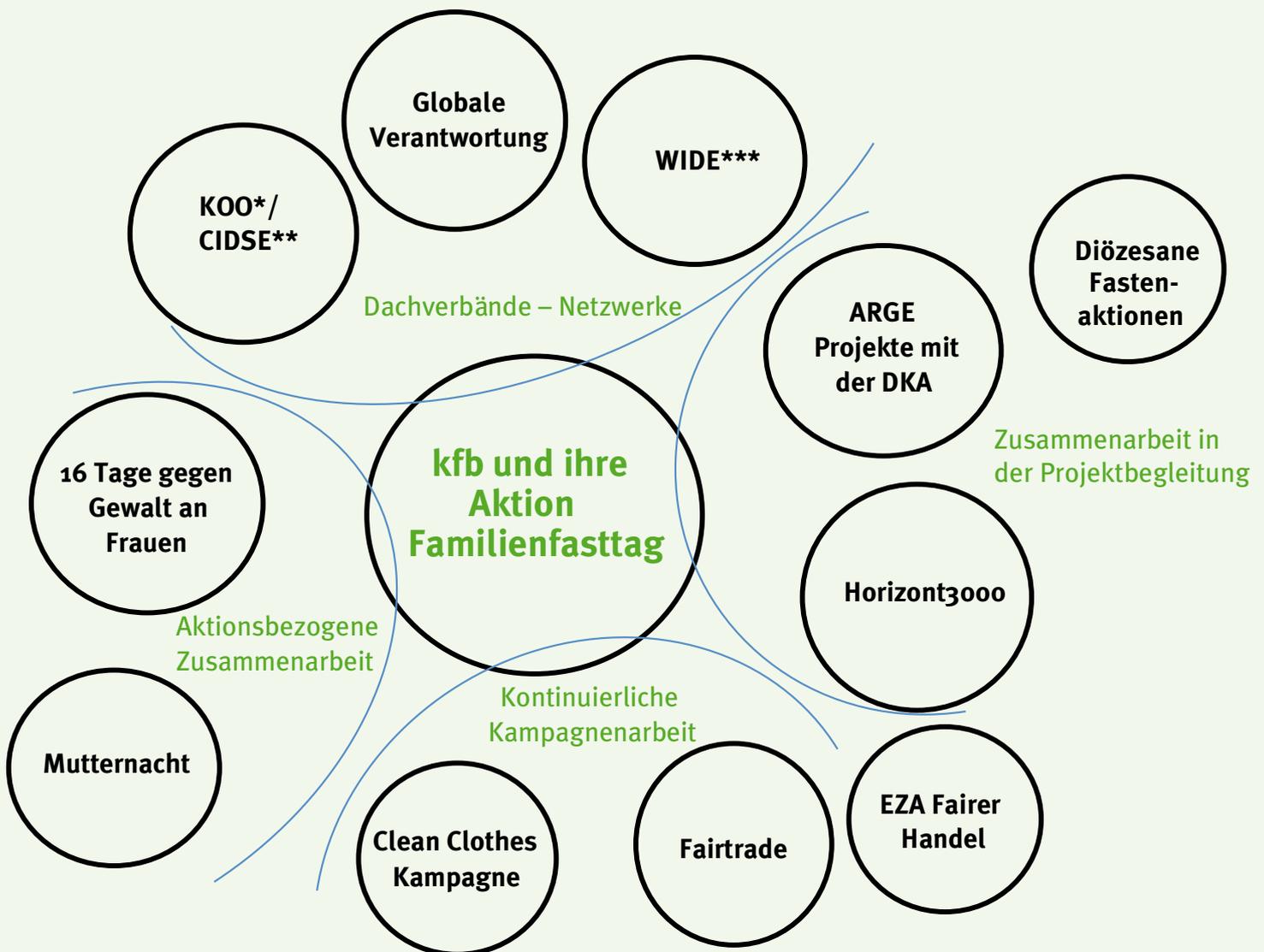
Aus der Sicht unserer PartnerInnen ist das politische Engagement der kfb von wachsender Bedeutung, weshalb sie es in den letzten Jahren auch immer mehr einfordern. Mittlerweile wird Anwaltschaft (und Lobbying) von ihnen als wesentliches Standbein neben der Projektarbeit gesehen. Unserer PartnerInnen in den Projektländern erwarten von uns, dass wir hier in Österreich für ihre Rechte und Forderungen und für Veränderungen im internationalen Handels- und Wirtschaftssystem eintreten. Dies ist deshalb notwendig, weil

- unsere finanzielle Unterstützung zwar sehr wichtig ist, aber Geld allein nichts an den großen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen ändert. Denn diejenigen, die diese Zusammenhänge schaffen bzw. beeinflussen, haben im Zweifel immer mehr Geld und mehr Macht.
- viele PartnerInnen sich, ihre Familien und die Menschen in ihrem Umfeld in schwierige Situationen bringen, teilweise sogar in Lebensgefahr, wenn sie gegen das herrschende System aufbegehren (Für viele ist das allerdings kein Hinderungsgrund!). Gerade in solchen Situationen kann die Unterstützung aus Österreich Schutz für ihr Leben bedeuten.
- sie unsere und andere internationale Unterstützung benötigen, um Druck auf die Akteure auszuüben, die in Politik und Wirtschaft die Verantwortung tragen.
- wir Einfluss auf die politischen bzw. wirtschaftlichen Kräfte ausüben können, die großen Einfluss auf die Lebensbedingungen unserer ProjektpartnerInnen haben, seien es Unternehmen oder der Handel, seien es die PolitikerInnen oder unsere BürgerInnen als WählerInnen und KonsumentInnen.
- Entwicklungszusammenarbeit zwischen PartnerInnen auf gleicher Augenhöhe nicht bedeutet, dass sich nur die einen „entwickeln“, sondern dass wir alle etwas tun müssen. Denn nur wenn wir hier in Österreich und Europa unsere Lebensweise verändern, können andere Menschen ein menschenwürdiges Leben in Gerechtigkeit und einer intakten Umwelt leben.

Wir agieren nicht allein:

Arbeiten im Netzwerk

Die kfb und ihre Aktion Familienfasttag arbeiten vernetzt und nutzen Synergieeffekte in der inhaltlichen, politischen und projektadministrativen Arbeit. Im nachfolgenden sind die verschiedenen Anknüpfungspunkte auf der Ö-Ebene aufgezeigt. Daneben sind die kfb's der Diözesen wichtige Akteurin im jeweiligen lokalen entwicklungspolitischen Netz.



* Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Entwicklungszusammenarbeit und Mission

** Europäischer Verband katholischer Hilfswerke

***Women in Development Europe_ Entwicklungspolitisches Frauennetzwerk

Adelante: Fairer Bio-Kaffee aus Frauenhand

Eine Kooperation zwischen kfb und EZA Fairer Handel⁵

Irma Esperanza Quintero ist 49 Jahre alt, verheiratet und hat sechs Kinder im Alter zwischen 27 und sechs Jahren. Sie lebt in Marcala, einer Region in Honduras, Mittelamerika, die für ihre besondere Kaffequalität bekannt ist. Dort bewirtschaftet sie etwas mehr als 2 Hektar Land. Ihr Kaffee gedeiht unter Schattenpflanzen, zusammen mit Bananen, Orangen- und Zitronenbäumen, Guayaba, Mangos, Papayas, Yuca und Chili. Doña Irma ist Mitglied von APROLMA. Die Kooperative besteht aktuell aus 69 Frauen. Gemeinsam haben sie die Kontrolle über die Produktion und Vermarktung ihres Kaffees in die Hand genommen. Das ist außergewöhnlich. Denn normalerweise sind es mehrheitlich Männer, die im Kaffeegeschäft das Sagen haben. Die Frauen von APROLMA verfügen über eigenes Land, ziehen ihre Pflanzen selber und sorgen dafür, dass sie die Früchte ihrer Arbeit ernten. Dabei geht es ihnen nicht nur um die gemeinsame Vermarktung ihres Kaffees zu fairen Bedingungen. Sie wollen als Kaffeeproduzentinnen ebenso geschätzt werden wie als gleichberechtigte Bürgerinnen in der Gesellschaft ihres Landes. Dafür setzen sie sich ein.

Genau das verbindet sie mit den Frauen der Kooperative Gumutindo in Uganda. Denn, so Lydia Nabulumbi, ausgebildete Kaffeeverkosterin bei Gumutindo: „Frauen leisten die meiste Arbeit in den Kaffeegärten, wenn es aber um die Vermarktung und die Bezahlung geht, sind die Männer am Zug.“ Das zu ändern ist das erklärte Ziel der Fraueninitiative innerhalb Gumutindos. Von den rund 7000 Mitgliedern sind aktuell etwas über 900 Frauen. Deren Kaffee wird separat verarbeitet und vermarktet. Sie sind es, die das Geld dafür erhalten. Gleichzeitig wird darauf geachtet, dass Frauen in den Vorständen ihrer Basiskooperativen und auf Ebene des Kooperativendachverbandes vermehrt vertreten sind. Ein Programm für Geschlechtergerechtigkeit fördert den Austausch zwischen Frauen und Männern über das jeweilige Rollenverständnis und die Aufgabenverteilung in den Familien und Kooperativen.

Über 25 Millionen Menschen sind weltweit mit dem Anbau, der Verarbeitung und dem Handel von Kaffeebohnen beschäftigt. Kaffee wird an der Börse gehandelt



⁵ Dank an Andrea Reitingner und Monika Weilguni für die Bereitstellung ihrer Texte.



Irma Esperanza Quintero von APROLMA, Honduras, setzt auf die Kraft ihrer Kooperative.

© EZA Fairer Handel

und unterliegt starken Preisschwankungen. Derzeit befindet sich der Kaffeepreis auf einem Hoch. Der Anstieg des Kaffeepreises wurde von Spekulationen getrieben und von einer Verknappung der Kaffeemenge verschärft: Viele Kaffeebäuerinnen und -bauern sind von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen und aufgrund steigender Preise für Lebensmittel und Bio-Dünger nicht in der Lage, sich aus der Armut zu befreien. Anhaltende Dürre und einkommensbedingt mangelnde Investitionen in die Erneuerung der Kaffeepflanzen führten zu Ernteausfällen und treiben viele Kleinbauernfamilien in eine existenzbedrohende Situation.

Gemeinsam für eine Zukunft in eigener Hand

APROLMA und Gumutindo sind Partnerkooperativen der EZA Fairer Handel. Die EZA pflegt eine direkte Handelspartnerschaft mit den Genossenschaften. Sie garantiert ihnen u.a. eine faire Bezahlung mit zusätzlichen Qualitätsprämien, um ihre wertvolle Arbeit anzuerkennen.

Ab Oktober 2015 bietet die EZA Fairer Handel in Kooperation mit der kfb einen biofairen Frauenkaffee gemischt aus den Bio-Kaffeebohnen der Frauenkooperativen APROLMA und Gumutindo: **Adelante! Vorwärts!** Kaffee Adelante wird in der 250 grm Packung gemahlen (4,99 Euro) sowie in der 1 Kilogramm Packung als ganze Bohne (19,75 Euro) angeboten und ab Herbst 2015 bei der EZA, in den Weltläden und ausgewählten Supermärkten erhältlich sein.

Der faire Handel beruht auf Dialog, Transparenz und Respekt und hat mehr Gerechtigkeit im internationalen

Handel zum Ziel. Er leistet einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung, indem er bessere Handelsbedingungen bietet und die Rechte der ProduzentInnen und ArbeiterInnen in den Ländern des Südens gewährleistet.

Für diese Werte setzt sich auch die Katholische Frauenbewegung ein. Seit Jahrzehnten engagiert sie sich für Frauen in Ländern des globalen Südens, um sie darin zu stärken, ihr Leben selbstbestimmt zu führen. Durch (Aus-)Bildung ermächtigt bringen diese sich aktiv in ihre Gemeinschaft ein. Durch diese Kooperation mit EZA Fairer Handel unterstützt die Katholische Frauenbewegung das Engagement der Frauen von APROLMA und Gumutindo.

Im Bereich des fairen Handels sind unterschiedliche Akteurinnen und Akteure wichtig. Drei davon möchten wir im Nachfolgenden kurz beschreiben.

Was ist die EZA Fairer Handel GmbH?

Die EZA Fairer Handel GmbH in Köstendorf bei Salzburg ist seit 40 Jahren die größte Fair Trade Importorganisation in Österreich. Gesellschafter sind die Aktion 3. Welt A3W e.V. sowie die KMB Linz, Innsbruck und Österreich.

Das Ziel der EZA ist es, die Lebens- und Arbeitssituation der 160 ProduzentInnen in mehr als 50 Ländern des Globalen Südens zu verbessern.

Traditionelles Kunsthandwerk, Lebensmittel wie Kaffee, Tee, Schokolade etc. und kulinarische Spezialitäten sowie Kleidung und Naturkosmetik: Die Produkte spiegeln die Kompetenz und Kreativität der

langfristigen HandelspartnerInnen aus Lateinamerika, Afrika, Asien und dem Nahen Osten wider. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, faire Entlohnung und der schonende Umgang mit der Natur verleihen ihnen zusätzlichen Wert.

Darüber möchte die EZA durch ihr Angebot an Informations- und Bildungsarbeit in Österreich das Bewusstsein für weltwirtschaftliche Zusammenhänge und ungerechte Handelsstrukturen schärfen. Konkrete Handlungsmöglichkeiten werden dabei aufgezeigt. Kooperation und Vernetzung tragen zur Weiterentwicklung des Fairen Handels und zur Veränderung der ungerechten Strukturen im internationalen Handel bei.

Im Jahr 2014 hat die EZA 542 Tonnen Röstkaffee verkauft und damit 36,6 % des gesamten Umsatzes mit Kaffee erzielt.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.eza.cc



NATÜRLICH FAIR

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.fairtrade.at

Was ist Fairtrade?

Fairtrade ist ein Gütesiegel.

Es steht für fair angebaute und gehandelte Produkte bzw. Rohstoffe. Das Besondere ist der ganzheitliche Ansatz mit Anforderungen angefangen beim Anbau über die Organisation der ProduzentInnen bis hin zum fairen Handel ihrer Produkte. Die internationale unabhängige Organisation FloCert kontrolliert die Einhaltung der Standards. Das Gütesiegel wird an Rohstoff-Produzentinnen vergeben. Es ist auf Produkten zu finden, die alle Zutaten, die als Fairtrade Rohstoffe verfügbar sind, aus Fairtrade-Quellen bezogen haben.



Weltläden

Die 90 Weltläden in Österreich sind die Fachgeschäfte für Fairen Handel, die sich in der ARGE Weltläden zusammengeschlossen haben. Jeder Weltladen verpflichtet sich, die 10 Kriterien des Fairen Handels der World Fair Trade Organisation einzuhalten. Dies gilt insbesondere für kunsthandwerkliche Produkte, für die es kaum zertifizierte Gütesiegel gibt. Darüber organisieren die Weltläden Informationsveranstaltungen und beteiligen sich an entwicklungspolitischen Kampagnen.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.weltlaeden.at

Fünf Gründe für Fairtrade-gesiegelten Kaffee:

- Fairtrade garantiert einen von Marktschwankungen unabhängigen Mindestpreis. Dieser dient als Sicherheitsnetz nach unten und deckt die durchschnittlichen Kosten für eine nachhaltige Produktion.
- Fairtrade zahlt den Partnerorganisationen eine Prämie für Soziales, Infrastruktur und Bildung. Diese Zusatzleistung ermöglicht z.B. Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, den Bau von Schulen und Gesundheitszentren.
- In Fairtrade-gesiegelten Produktionsstätten sind Zwangsarbeit und ausbeuterische Kinderarbeit verboten.
- Fairtrade unterstützt umweltschonende Anbaumethoden durch die Zahlung von Bioaufschlägen, das

Verbot von gentechnikverändertem Saatgut, Pestizidreduktion, Abfallvermeidung sowie Gewässer- und Regenwaldschutz.

- Fairtrade steht für die Stärkung und Förderung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern: Vorfinanzierung der Ernten, demokratische Strukturen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen nach ILO*-Kriterien (=International Labour Organisation)

Fairtrade Österreich ist ein gemeinnütziger Verein zur Förderung des fairen Handels, Vereinsvorsitzender ist Mag. Helmut Schüller. Die kfb ist Gründungsorganisation von Fairtrade und noch immer (so wie die Dreikönigsaktion der KJ, die KMB, die Kath. Jugend und die Caritas) engagiertes Mitglied der insgesamt 24 Mitgliedsorganisationen.



© Malerei: Sergio Vergara

Was heißt Empowerment und wozu speziell Frauen fördern?

Der Begriff Ermächtigung bezeichnet die Stärkung sozial, politisch oder wirtschaftlich benachteiligter Personen und Gruppen, damit diese befähigt werden, selbstbestimmt zu handeln und aktiv an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilnehmen und an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gleichberechtigt teilhaben zu können. Anstelle von Ermächtigung wird oft der englische Begriff Empowerment verwendet.

Zentrales Anliegen der Aktion Familienfasttag ist die Förderung von Frauen im Sinne einer ganzheitlichen Ermächtigung zur selbstbestimmten Gestaltung des Lebens. Neben der Verwirklichung der Menschenrechte geht es der kfb um den Auftrag zur Solidarität und den Einsatz für weltweit gerechte Wirtschafts-, Gesellschafts- und Machtstrukturen.

Warum die Förderung von Frauen, die Ermächtigung/ das Empowerment von Frauen so zentral ist, lässt sich einfach erklären. Frauen tragen die Last der Armut, speziell in den ärmsten Regionen der Welt. Es sind meist die Mädchen und Frauen, die als letzte zu essen bekommen, wenn Nahrungsmittel knapp sind. Es sind die Mädchen, die nicht zur Schule geschickt werden, wenn die Arbeitskraft zu Hause gebraucht wird. In vielen Ländern sind es die Frauen, denen das Recht Land zu besitzen, welches sie ihr Leben lang bewirtschaften haben, verweigert wird. Sie sind die meist Betroffenen von Gewalt.

Daher sind Frauen und Mädchen aber auch der Schlüssel zur Bekämpfung von Armut und zur Verwirklichung der Menschenrechte. Denn es sind ermächtigte Frauen und Mädchen, die wesentlich zur Verbesserung der Lebensbedingungen, zur Gleichberechtigung und zu einer Veränderung ungerechter Wirtschafts-, Gesellschafts- und Machtstrukturen zugunsten der ganzen Familie, der Gesellschaft beitragen.

Hintergrundinformationen zu Frauen-Leben

Die globale Aktionsplattform von Peking definierte 1995 zwölf für die Gleichstellung grundlegende Themenbereiche, die vorher noch nie in einem vergleichbaren Rahmen diskutiert worden waren und empfahl konkrete Maßnahmen. Die Verpflichtung zu Gender Mainstreaming in allen Politiken, das durchgehende Bekenntnis zu den Menschenrechten von Frauen und die Verknüpfung aller Empfehlungen mit Maßnahmen in strategischen Bereichen waren wegweisende Forderungen in diesem Zusammenhang. Anhand dieser 12 Themenbereiche der

Aktionsplattform und ihren kurzen Erklärung/Zitierung sind die folgenden Frauen-Fakten aufgelistet.

Frauen und Armut

„Über eine Milliarde Menschen in der Welt, die große Mehrzahl davon Frauen, leben heute in untragbaren Armutsverhältnissen, zumeist in den sog. „Entwicklungsländern“. Armut hat verschiedene Ursachen, darunter auch strukturelle. Armut ist ein komplexes, mehrdimensionales Problem, dessen Ursprünge im einzelstaatlichen wie auch im internationalen Bereich zu suchen sind.“

„Neben wirtschaftlichen Faktoren ist für „diese Feminisierung der Armut“ die Starrheit der gesellschaftlich determinierten Geschlechterrollen mitverantwortlich. Im weltweiten Maßstab ist der begrenzte Zugang der Frauen zu Bildung, Ausbildung, Macht und Produktionsmitteln – einschließlich Darlehen, Grundbesitz und Erbschaften – die stärkste Barriere gegen Veränderungen.“

Von den derzeit knapp sieben Milliarden Menschen der Welt leidet etwa eine Milliarde permanent Hunger. Sieben von zehn Menschen, die nicht mal einen US-Dollar pro Tag zu leben haben, sind Frauen und Mädchen.

Bildung und Ausbildung von Frauen

„Bildung ist ein Menschenrecht und ein wesentliches Instrument zur Erreichung der Zielsetzungen von Gleichbe-

Kaffeebäuerin Mary Nabugobelo von Gumutindo, Uganda, mit ihren Kaffeeplänzchen.



© EZA Faifer Handel, Andy Canton

rechtigung, Entwicklung und Frieden. Eine nichtdiskriminierende Bildung kommt sowohl Mädchen als auch Jungen zugute und trägt somit letztlich zu einem ebenbürtigeren Verhältnis von Frau und Mann bei.“

Der ungleiche Zugang zu Bildung trifft insbesondere Mädchen und Frauen, denen oftmals sogar die spärliche Grundbildung vorenthalten wird, die Jungen bekommen können. Zwei Drittel der nicht alphabetisierten Menschen weltweit sind Frauen.

Frauen und Gesundheit

„Die Frau hat das Recht, das für sie erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit zu genießen. Der Genuss dieses Rechts ist für ihr Leben und Wohlbefinden sowie für ihre Fähigkeit, an allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens teilzuhaben, von entscheidender Bedeutung.“

Jedes Jahr sterben etwa 290.000 Frauen infolge von Komplikationen bei einer Schwangerschaft oder Geburt. Das sind 800 pro Tag. Die meisten Todesfälle passieren in den so genannten Ländern des Südens. In den meisten Fällen wäre der Tod vermeidbar gewesen.

Weil sexuelle Selbstbestimmung für Frauen in vielen Teilen der Welt lediglich ein Wunschtraum ist, fehlt ihnen die Möglichkeit, den Zeitpunkt und die Zahl ihrer Schwangerschaften zu kontrollieren. Sie tragen außerdem ein hohes Risiko, sich mit HIV zu infizieren als Männer. Inzwischen ist die Hälfte aller HIV-Infizierten der Welt weiblich.

Der globalen Bevölkerung fehlen bis zu 100 Millionen Frauen und Mädchen – sie waren nicht erwünscht und wurden Opfer von geschlechterselektiven Schwangerschaftsabbrüchen oder Kindesvernachlässigung.

Gewalt an Frauen

„Gewalt gegen Frauen ist ein Hindernis auf dem Weg zur Verwirklichung der Ziele der Gleichberechtigung, der Entwicklung und des Friedens. Gewalt gegen Frauen verstößt gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten der Frau und beeinträchtigt oder verhindert deren Wahrnehmung.“

- Jede dritte Frau wird gemäß der UNIFEM in ihrem Leben einmal vergewaltigt, geschlagen, zum Sex gezwungen oder auf andere Weise misshandelt.
- Häusliche Gewalt ist gemäß einer vom Europarat zitierten Statistik die Hauptursache für den Tod oder die Gesundheitsschädigung bei Frauen zwischen 16 und 44 Jahren und rangiert damit noch vor Krebs oder Verkehrsunfällen.
- Gewalt in Ehe und Partnerschaft variiert statistisch gesehen von Land zu Land sehr stark. Gemäß einer Zusammenstellung der UNO erfahren in Großbritannien 30% der Frauen Misshandlungen durch ihre Partner oder Ex-Partner, im Westjordanland 52% der

Frauen, in Nicaragua 28%, in Bangladesch 47%, in Kanada 29%, in Süd- und Südwestanatolien [Türkei] 58%, in Australien 23% und in Kambodscha 16%.

- Weltweit fast 70% der weiblichen Mordopfer werden von ihren männlichen Partnern ermordet.
- Für Indien wird geschätzt, dass fast 15.000 Frauen jedes Jahr wegen der Mitgift umgebracht werden.
- Frauenhandel ist ein weltweites Geschäft: Schätzungen sprechen von 4 Millionen Frauen und Mädchen, die weltweit jährlich zum Zweck der Heirat, der Prostitution oder der Sklaverei ver- bzw. gekauft werden. Jedes Jahr werden ungefähr 2 Millionen Mädchen zwischen 5 und 15 Jahren zur Prostitution gezwungen.
- AIDS/HIV als Folge sexueller Gewalt: Mehr als die Hälfte der HIV-Neuansteckungen weltweit betreffen junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, und mehr als 60% von ihnen sind Frauen. Eine Studie, die in Tansania 2001 durchgeführt wurde, zeigte, dass HIV-positive Frauen 2 ½ Mal häufiger Gewalt durch ihre Partner erfahren haben als HIV-negative.

Frauen und bewaffnete Konflikte

„Ein Umfeld, das den Weltfrieden wahrt und die Menschenrechte, die Demokratie und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten im Einklang mit den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen der Nichtandrohung beziehungsweise Nichtanwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit und der Achtung der Souveränität fördert und schützt, ist ein wichtiger Faktor für die Förderung der Frau.“

Kriegsvergewaltigungen: In Ruanda wurden während des Völkermords von 1994 ungefähr eine halbe Million Frauen vergewaltigt. In Bosnien wurden 1992 während der ersten fünf Monate des Krieges 20.000 – 50.000 Frauen vergewaltigt. In der Süd-Kivu-Provinz in der Demokratischen Republik Kongo wurden zwischen Oktober 2002 und Februar 2003 ungefähr 5.000 Frauen vergewaltigt, im Durchschnitt 40 pro Tag. Die gesundheitlichen Auswirkungen dieser sexuellen Gewalt waren riesig: Viele Frauen sind aufgrund der Vergewaltigungen gestorben, und eine unbekannte Zahl hat sich mit HIV/Aids angesteckt.

Frauen in der Wirtschaft

„Es bestehen erhebliche Unterschiede, was den Zugang von Frauen und Männern zu Wirtschaftsstrukturen in ihrer jeweiligen Gesellschaft und ihre jeweiligen Chancen zur Machtausübung in diesen Strukturen betrifft. In den meisten Teilen der Welt haben die Frauen so gut wie gar keinen oder nur einen ganz geringen Anteil an den wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen, was insbesondere auch für die Gestaltung der Finanz-, Währungs- und Handelspoli-

tik und anderer Wirtschaftspolitiken sowie der Besteuerungssysteme und der Löhne und Gehälter gilt.“

Tagaus, tagein verrichten vor allem Frauen überall auf der Welt viele Arbeiten, die nicht entlohnt werden: Sie organisieren den Familienhaushalt, ziehen die Kinder auf, pflegen Angehörige, usw. Während Frauen in Ländern des Globalen Nordens zusätzlich einer bezahlten Tätigkeit nachgehen können, ist dies in Ländern des Globalen Südens vielfach nicht möglich. 70% der unbezahlten Arbeit weltweit liegt in Frauenhänden. Betrachtet man die ganze Welt, beziehen Frauen nur 10% der Einkommen. Die Arbeit von Frauen wird vielerorts geringer bezahlt als die der Männer. In vielen, besonders schlecht bezahlten Branchen arbeiten jedoch überwiegend Frauen, die zusätzlich die Gefahren durch totale Abhängigkeit vom Arbeitgeber und den oft völlig unzureichenden Arbeits- und Gesundheitsschutz zu tragen haben.

Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen

„In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es, dass jeder das Recht hat, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes mitzuwirken. Die Machtgleichstellung und Eigenständigkeit der Frau sowie die Verbesserung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Stellung sind Voraussetzung für eine transparente und verantwortliche Regierungs- und Verwaltungsführung und eine bestandsfähige Entwicklung in allen Lebensbereichen.“

Frauen haben weltweit nur 17 Prozent der Sitze in den Parlamenten inne. Die Vertretung von Frauen in lokalen Regierungen macht einen Unterschied: Studien in panchayats (lokale Gemeinderäte) in Indien ergaben, dass die Anzahl an Trinkwasser-Projekten in Regionen mit frauen-dominierten Gemeinderäten um 62% höher war als in männlich dominierten Gemeinderäten.

Institutionelle Mechanismen zur Förderung der Frau

„In fast allen Mitgliedstaaten wurden einzelstaatliche Einrichtungen zur Förderung der Frau geschaffen, unter anderem mit dem Ziel, Frauenförderungspolitiken zu planen, ihre Umsetzung zu fördern, sie durchzuführen, zu überwachen, zu evaluieren, dafür einzutreten und Unterstützung dafür zu mobilisieren.“

Menschenrechte der Frauen

„Die Menschenrechte und Grundfreiheiten sind das Geburtsrecht aller Menschen; ihr Schutz und ihre Förderung sind die erste Pflicht der Regierungen. Die Aktionsplattform bekräftigt, dass alle Menschenrechte – die bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung – gemäß der Erklärung und dem Aktionsprogramm von Wien, die von der Weltkonferenz über Menschenrechte

verabschiedet wurden, allgemeingültig und unteilbar sind, einander bedingen und miteinander verknüpft sind.“

Frauen und Medien

„In den letzten zehn Jahren haben die Fortschritte der Informationstechnologie die Entstehung eines globalen Kommunikationsnetzes begünstigt, das Landesgrenzen überschreitet und sowohl die Politik als auch private Einstellungen und Verhaltensweisen, insbesondere von Kindern und jungen Erwachsenen, beeinflusst. Das Potential für einen weit größeren Beitrag der Medien zur Förderung der Frau ist überall vorhanden.“

Frauen und Umwelt

„Der Mensch steht im Mittelpunkt des Strebens nach einer bestandsfähigen Entwicklung. Er hat Anspruch auf ein gesundes und produktives Leben in Harmonie mit der Natur. Frauen spielen eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung aufrecht erhaltbarer und umweltgerechter Konsum- und Produktionsweisen und Ansätze zur Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, (...).“

Mädchen

„In Artikel 2 Absatz 1 der Konvention über die Rechte des Kindes¹¹ heißt es: „Die Vertragsstaaten achten die in dieser Konvention festgelegten Rechte und gewährleisten sie jedem ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Kind, ohne jede Diskriminierung, unabhängig von der Rasse, der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Überzeugung, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, dem Vermögen, einer Behinderung, der Geburt oder dem sonstigen Stand des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormunds.“

Quellen:

- Amnesty Schweiz, Zahlen und Fakten zu Gewalt gegen Frauen weltweit. Eine Zusammenstellung von Amnesty Schweiz zum Auftakt der Kampagne Stoppt Gewalt gegen Frauen vom März 2004
- IWMF: International Women's Media Foundation: Global Report, 2011 <http://www.iwmf.org/our-research/global-report/> – zuletzt abgerufen am 02.04.2015
- Geraldine Terry, Women's Rights, India 2007 – zuletzt abgerufen am 01.04.2015 WIDE Homepage www.wide-netzwerk.at
- B. Neuhold/ J. Günther: Peking – eine Bilanz. In: Frauen: Empowerment für Gleichberechtigung, Weltnachrichten 3/2010, Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
- UN-Women: Die Pekinger Aktionsplattform, <https://www.unwomen.de/peking-20/die-aktionsplattform-von-peking.html> – zuletzt abgerufen am 02.04.2015
- Women Watch – Information and Resources on Gender Equality and Empowerment of Women: Directory of UN Resources on Gender and Women's Issues, http://www.un.org/womenwatch/directory/critical_areas_of_concern_30.htm zuletzt abgerufen am 2.04.2015

Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit und ihr Blick auf die Frauen

Die richtigen Antworten bzw. Lösungen auf die Probleme der globalen Ungerechtigkeit und Armut zu finden, ist bisher nicht gelungen. Die Weltgemeinschaft setzt sich immer wieder Ziele, um gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung verschiedenster Probleme zu unternehmen. Dabei veränderten sich im Laufe der Jahrzehnte die Wahrnehmung und der Handlungsfokus. Ein Grund liegt darin, dass die Akteure in der internationalen Politik von weltpolitischen und ökonomischen Ereignissen und Entwicklungen beeinflusst waren und so ihre Aufmerksamkeit, vom Zeitgeist geprägt, auf unterschiedliche Aspekte richteten. Das lässt sich auch in den Veränderungen der entwicklungspolitischen Arbeitsansätze ablesen. So hat sich das Verständnis, was Entwicklung wirklich ausmacht bzw. begünstigt in den Jahrzehnten immer wieder gewandelt. Und je nachdem, was man als Problem oder Ursache für Armut identifizierte, wurden entsprechende Instrumente entwickelt und Maßnahmen angepasst. Die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit „hinkt“ den entwicklungspolitischen Ansätzen jedoch oft hinterher, denn die Bevölkerung nimmt das wahr, was über die Medien transportiert wird. Und da sich manche Ansätze einfach besser erklären lassen als andere, werden diese oftmals noch immer verwendet, obwohl sie längst nicht mehr aktuell oder adäquat sind.

Um diese Entwicklungen nachzuvollziehen, stellen wir verschiedene Ansätze und die Kritik daran kurz vor.

1. Wohlfahrtsansatz (1950er Jahre – 1970)

Dieser Ansatz entwickelte sich bereits in der Nachkriegszeit und wurde insbesondere von kirchlichen und karitativen Hilfswerken angewandt. Er sah die wichtigste Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter. Ziel des Ansatzes war, Frauen bei ihren reproduktiven Tätigkeiten zu unterstützen. Denn ihm zugrunde lagen drei Annahmen. Frauen seien nur passive Nutznießerinnen von Entwicklung und nicht aktive Teilnehmerinnen. Die Mutterschaft sei deren wichtigste Rolle und Aufgabe im Leben und das Aufziehen von

Kindern sei das effektivste, was eine Frau leisten könne. In der Praxis bedeutete dies: man richtete Mütterzentren ein und bildete Frauen in den Bereichen Ernährung und Hauswirtschaft. Der Ansatz wurde seit Mitte der 1970er stark kritisiert, weil er Frauen auf die Reproduktion reduziert und sie zu passiven Entwicklungshilfeempfängerinnen macht. Frauen sind diesem Verständnis nach schutzbedürftige „verwundbare“ Wesen.

2. Gleichheitsansatz (ca. 1975 – 1985)

Dieser Ansatz entstand als Kritik an der Modernisierungsstrategie, die den Mann als alleinigen produktiven Akteur im industriellen Aufbau beachtet hatte. Der Gleichheitsansatz bezieht die produktive Rolle der Frau, etwa in der Landwirtschaft, mit ein. Ursachen für Armut und Unterdrückung von Frauen sah der Ansatz im mangelnden Zugang der Frauen zum Markt. Er hatte daher zum Ziel, die geschlechtliche Arbeitsteilung aufzubrechen und die Integration von Frauen in den Entwicklungsprozess sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu fördern. Eine zentrale Forderung war, dass der Staat eingreifen müsse, um die strukturelle Benachteiligung der Frauen zu verbessern. Diese Forderung war vielen staatlichen Einrichtungen zu radikal, weshalb der Ansatz keine weite Verbreitung fand. Eine Hauptkritik am Ansatz aus entwicklungspolitischer Sicht machte sich an dem Versuch, den Feminismus in die Länder exportieren zu wollen, fest. Frauen müsse nicht „geholfen“ werden, indem sie einfach ökonomisch „nachziehen“. Dieser Ansatz entsprach mehr den Forderungen und Vorstellungen von für Frauenrechte engagierten Beamtinnen der UN und Regierungsvertreterinnen als den Vorstellungen von Vertreterinnen aus den betroffenen Ländern.

3. Effizienzansatz (seit 1980er Jahre)

Der Effizienzansatz, der noch immer Popularität verzeichnet; bezieht sich nicht nur auf Frauen, sondern auf die volkswirtschaftliche Entwicklung allgemein. Die zugrundeliegende Annahme lautet: mehr ökonomische Partizipation von Frauen führe automatisch

zur Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Ziel des Ansatzes war/ist es, das brachliegende ökonomische Entwicklungspotenzial der Frauen effizienter in die Volkswirtschaft eines Landes zu integrieren. Eine Maßnahme waren die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und des Währungsfonds mit in Folge hohen Kürzungen im Sozialbereich. Kritik machte sich fest an der Fokussierung auf die wirtschaftliche Tätigkeit der Frau und dass keine Änderung der gesellschaftlichen Rollenverteilung mitgedacht wurde. Die Folge war die erhebliche Mehrbelastung der Frauen.

4. Armutsbekämpfungsansatz (seit 1970)

Dieser Ansatz wurde entwickelt als die internationale Gemeinschaft die Grundbedürfnisse in den Blick nahm. Im Unterschied zum Gleichheitsansatz setzt dieser Ansatz insbesondere bei der „Unterentwicklung“ der Länder und der Armut an. Da Frauen mit einem Anteil von ca. 70% überwiegend von der Armut in den Ländern betroffen waren, wurden sie zu einer Zielgruppe der Armutsbekämpfung. Ziel war die Produktivitätssteigerung der Arbeit von armen Frauen sowie deren verbesserter Zugang zu produktiven Ressourcen v.a. durch einkommensschaffende Maßnahmen im informellen Sektor. In der Praxis waren das basisorientierte Projekte, die die praktischen Bedürfnisse von Frauen berücksichtigten. Der Ansatz wurde ebenfalls von kirchlichen Organisationen betrieben. Kritik wurde daran insofern geäußert, als dass strukturelle Gründe für die Benachteiligung von Frauen und Fragen der Machtverteilung nicht beachtet wurden.

5. Empowermentansatz (seit 1985)

Dieser Ansatz wurde vom frauenpolitischen Netzwerk DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era) entwickelt und sah als Ursache für die Unterdrückung und Armut von Frauen multi-kausale Zusammenhänge wie das Geschlechterverhältnis, koloniale und neokoloniale Abhängigkeiten der Länder und auch die Klassenzugehörigkeit der Betroffenen. Im Zentrum des Ansatzes stand der Begriff der Autonomie. Sein Ziel war die Umverteilung gesellschaftlicher Macht und der Ressourcenkontrolle. Weiteres sollten Frauen durch Empowerment zu zentralen Akteurinnen der politischen und gesellschaftlichen Veränderung werden. Der Ansatz zielt also auf strukturelle Veränderungen auf verschiedenen Ebenen: von internationalen Frauennetzwerke bis hin zu der Mobilisierung von Basisorganisationen. Dieser Ansatz wurde nur von zivilgesellschaftlichen Organisationen uneingeschränkt übernommen und prägt deren Handeln bis heute.

6. Genderansatz (seit 1985)

Der Genderansatz wird noch immer implementiert aber auch noch immer diskutiert. Ziel des Ansatzes ist es, geschlechterdifferenzierend zu arbeiten. Das bedeutet bspw. für die Projektarbeit eine Doppelstrategie: Engpässe für Frauen im Zugang zu Ressourcen sollen durch spezifische Förderprogramme ausgeglichen werden, aber grundsätzlich soll die Geschlechtergleichstellung auf allen Ebenen umgesetzt werden („Gendermainstreaming“). Eine Kritik lautet, die Betonung des Begriffes Gender lasse Frauen perspektivisch leichter wieder aus dem Blick fallen. Außerdem würden die notwendigen weitgehenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse, die der Ansatz vorsieht, durch entwicklungspolitische Interventionen kaum angestoßen werden. Aus feministischer Sicht lautet die Kritik: Gender hat sich vor allem im Bereich der Absichtserklärungen durchgesetzt, Frauen sind routinemäßig Zielgruppe, sei es bevorzugt, gleichgestellt oder nachholend. Es wird kaum geprüft, wie sich Interventionen tatsächlich auf die Geschlechterverhältnisse auswirken (Mehr an unbezahlter Arbeit, Verfestigung geschlechterspezifischer Arbeitsteilung zum Nachteil der Frauen, Weniger an Mitbestimmung).

7. Sustainable livelihoods Ansatz (seit 1990er Jahren)

Der Sustainable Livelihoods Framework (SLF) wurde Anfang der 1990er Jahre als Reaktion auf die Ausweitung des Armutsbegriffs – weg von reinen Einkommens- und Konsum-Indikatoren – erarbeitet. Zu seinen Prinzipien gehört: das Wohlbefinden von Menschen und dessen nachhaltige Sicherung stehen im Fokus anstatt die Förderung eines möglichst hohen Wirtschaftswachstums. Das zentrale Anliegen ist daher die Verbesserung der Nachhaltigkeit von Lebensgrundlagen armer Menschen durch die Stärkung ihrer Ressourcen, damit sie Chancen nützen, mit Risiken umgehen und ihre Verletzlichkeit verringern können. Durch diese Perspektive wird der Fokus mehr auf die Stärken der Menschen als auf ihre Schwächen und Bedürfnisse gelenkt. Die betroffenen Menschen werden durch partizipative Methoden aktiv in die Analyse ihrer Lebensgrundlagen eingebunden und sollen zu zentralen AkteurInnen in der Erarbeitung von Projekten zur Verbesserung ihrer Lebensgrundlage werden. Da die Bedingungen für die Erarbeitung von Lebensgrundlagen in einer globalisierten Welt von Institutionen und Prozessen von der Ebene des Haushalts bis hin zu internationalen Wirtschafts- und Politik abhängig ist, räumt der Sustainable Livelihoods Ansatz den Verbindungen zwischen diesen Ebenen eine hohe Bedeutung

ein. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass dieser Anspruch schwer einzulösen ist und oft dem Pragmatismus geopfert wird.

8. Menschenrechtsansatz (seit 1990er Jahren)

Der Menschenrechtsansatz und seine Prinzipien entwickelten sich in den letzten beiden Jahrzehnten zu einem sehr beliebten Werkzeug bei zivilgesellschaftlichen Organisationen. Anfang der 1990er kam es zu einem Bedeutungszuwachs der Menschenrechte, die Mehrheit der Staaten einigte sich auf die Universalität, Unteilbarkeit, Interdependenz und Gleichheit aller Menschenrechte. Der Menschenrechtsansatz legt sein Hauptaugenmerk auf die Partizipation der betroffenen Menschen, sodass Menschenrechte nicht nur für Marginalisierte, sondern auch mit und von

ihnen thematisiert, eingefordert und kontrolliert werden. Die Marginalisierten selbst sind letztendlich die InhaberInnen oder TrägerInnen dieser Rechte und keine passiven NutznießerInnen von Hilfsleistungen. Diese Prinzipien dienen als Referenzrahmen guter Praxis für Entwicklungsorganisationen. Zu der Schwachstelle dieses Ansatzes gehört, dass rechtliche Mittel in vielen Ländern ihre Grenzen haben. Recht zu haben bedeutet noch lange nicht, dass dieses Recht auch umgesetzt wird.

Quellen:

- Moser, Caroline O.N.: Gender Planning and Development: Theory, Practice & Training. London. 1993.
- Grundlagenpapier Menschenrechte und Zivilgesellschaft. Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar. 2011.

FAQ – Häufig gestellte Fragen

Sei es bei Suppenessen, bei Informationsveranstaltungen, im Kontakt mit öffentlichen Medien, Sie werden sicherlich immer wieder mit verschiedensten Fragen zur Arbeit der kfb im Rahmen der Aktion Familienfasttag konfrontiert werden. Die folgenden „häufig gestellten Fragen“ zur Aktion Familienfasttag und ihre Antworten sollen Ihnen helfen, sich darauf vorzubereiten.

Warum soll ich für Menschen in „Entwicklungsländern“/ „Ländern des (globalen) Südens“ spenden? Wir haben genug Arme in Österreich.

Die kfb versteht sich sowohl in Österreich als auch weltweit als Anwältin benachteiligter Menschen, deren Anliegen sie durch Öffentlichkeitsarbeit, Teilnahme an Kampagnen und politisches Lobbying Gehör verschaffen will. Wir sind in Österreich in der glücklichen Situation, viele Anlaufstellen für Menschen in Not zu haben. Viele Pfarrgruppen der kfb kümmern sich auf unterschiedliche Weise, um Menschen in schwierigen Lebenslagen in Österreich. Nächstenliebe und Solidarität können sich nicht nur auf das nahe Lebensumfeld beziehen. Uns ist es wichtig, dass wir die Zusammenhänge zwischen den Lebensbedingungen und der ungleichen Verteilung zwischen den wohlhabenden und armen Ländern erkennen und uns für Gerechtigkeit einsetzen.

Warum soll ich teilen? Wer gibt mir etwas?

Teilen ist eine christliche Grundhaltung, der sich die kfb verpflichtet fühlt. Gott hat die Güter der Erde für alle geschaffen. Die Menschen haben die Verpflichtung, für eine gerechte Verteilung der Güter zu sorgen. Ziel und Zweck der Aktion ist es deshalb nicht, nur etwas vom Überfluss her zu geben, sondern gerecht zu teilen.

Teilen ist:

- ein Zeichen der Solidarität
- Anteil nehmen am Leben unserer PartnerInnen
- Auseinandersetzen mit deren konkreten Lebensbedingungen
- Einsatz für eine gerechte Verteilung der Lebenschancen und Güter auf der Welt.

Die kfb will keine Almosen geben, sondern vielmehr Benachteiligte befähigen, aus eigener Kraft ihre Lebenssituation zu verbessern. Für die kfb sind die EmpfängerInnen der Spenden PartnerInnen und ExpertInnen beim weltweiten Einsatz für Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Es gibt so viele Katastrophen, ist es nicht besser, dort zu helfen?

Es gibt Organisationen, die auf Katastrophenhilfe spezialisiert sind. Hierfür wird meist auch sehr großzügig gespendet. Katastrophenhilfe hat aber nicht die Möglichkeit, langfristige Veränderungen einzuleiten.

Viele Katastrophen werden durch Krieg und Umweltzerstörung ausgelöst und können durch eine kontinuierliche Entwicklungszusammenarbeit verhindert werden. Hier sehen wir unsere Aufgaben: im Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und einen nachhaltigen Lebensstil. Selbstverständlich unterstützen wir unsere ProjektpartnerInnen im Katastrophenfall.

Bekommen nur KatholikInnen Hilfe?

In den Kriterien für die Aktion Familienfasttag ist die Religionszugehörigkeit kein Schwerpunkt, sondern das Menschenbild und wie Menschen eingebunden werden. Unter den ProjektpartnerInnen finden sich kirchliche und nicht-kirchliche TrägerInnen, die landesspezifische Situation hat dabei auch einen Einfluss. Die Projekte, die von kirchlichen Organisationen geleitet werden, stellen aber die Menschen ohne Ansehen des Bekenntnisses in den Mittelpunkt.

Was fördert die Aktion Familienfasttag und was nicht?

Die Aktion Familienfasttag fördert Projekte in den Ländern Indien, Philippinen, Nepal, Zentralamerika (Nicaragua, Guatemala, El Salvador), Kolumbien und Tanzania. Die Katholische Frauenbewegung/ Aktion Familienfasttag unterstützt Projekte von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dies sind kirchliche und kirchennahe und andere zivilgesellschaftliche Organisationen. Dabei ist der kfb die Zusammenarbeit mit lokalen Basisorganisationen – oftmals Organisationen der betroffenen Zielgruppe selbst – ein besonderes Anliegen. Keine Förderung erhalten Individuen, Organisationen der staatlichen Verwaltung oder bauliche Großprojekte (Schulbau, Krankenhausbau),

Wer überprüft, ob das Geld richtig verwendet wird?

Spenden müssen seriös verwendet werden und effektiv zum Einsatz kommen. Die Katholische Frauenbewegung ist sich ihrer Verantwortung für die ihr anvertrauten Spenden bewusst und lässt die Finanzgebarung der Aktion Familienfasttag von unabhängigen WirtschaftsprüferInnen Jahr für Jahr prüfen. Die Aktion Familienfasttag der Katholische Frauenbewegung Österreichs (kfbö) ist Trägerin des Österreichischen Spendengütesiegels (ÖSGS). Dieses Siegel steht für strenge Qualitätsstandards, Transparenz und laufende Kontrollen. Zusätzlich hat sich die Katholische Frauenbewegung als kirchliche Organisation den strengen Verrechnungsrichtlinien der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Entwicklung und Mission (KOO) verpflichtet. Sie regeln verbindlich Rechnungslegung, internes Kontrollsystem und Spendenverwen-

dung. Aber auch die ordnungsgemäße Rechnungslegung der ProjektpartnerInnen wird überprüft. In unseren Partnerländern gibt es Organisationen, die die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel kontrollieren. Um sich ein Bild zu machen, besuchen die ReferentInnen der kfbö die Projekte regelmäßig.

Was können die Projekte überhaupt bewirken, ist das nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein?

Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit setzt bei den Betroffenen, bei der Aktivierung, Bildung und Unterstützung der Menschen an. Die Gründung einer Frauengruppe, in der die Mitglieder lernen, selbst ihre Lebenssituation zu verbessern, hat Auswirkungen auf die ganze Familie, das ganze Dorf. Kleine, überschaubare Projekte haben Multiplikationseffekte und können so landes- und weltweit Strukturen verändern. In der Kooperation mit der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar und Horizont3000 können wir unsere Projektmittel wirksam einsetzen und gemeinsam mehr erreichen.

Geht das gesamte gesammelte Geld an die Projekte?

Die Katholische Frauenbewegung Österreichs bemüht sich durch den ehrenamtlichen Einsatz von tausenden kfb-Frauen die Kosten für die Durchführung der Aktion Familienfasttag so niedrig wie möglich zu halten, sodass knapp 80 Prozent der Spenden direkt für die Projekte und deren Durchführung eingesetzt werden können. Etwa fünfzehn Prozent werden für die Bildungs- und Informationsarbeit, die anwaltschaftlichen Aktivitäten, die Vernetzung sowie für die notwendige Werbung aufgewendet. In Zusammenarbeit mit Horizont3000 lukrieren wir zusätzlich öffentliche Mittel für die Projektarbeit und können so die Unterstützungssummen für ein Projekt vervierfachen.

Warum werden vor allem Frauen gefördert?

Es sind gerade die Frauen, die in allen Ländern für die Grundversorgung und die sogenannte Care-Arbeit (Ernährung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Pflege) zuständig sind. Gleichzeitig sind sie in vielen Gebieten strukturell benachteiligt: Bildung, Gesundheitsversorgung, ökonomische Ausstattung. Unterstützung, die da ansetzt, hat große Auswirkungen für die ganze Bevölkerung. Entwicklungszusammenarbeit, die nicht achtet, wie die Hilfe sich auf Männer und Frauen auswirkt, kommt oft nur Männern zugute und benachteiligt Frauen, weil Männer mehr in der Öffentlichkeit stehen. Außerdem fühlt sich die kfb als Frauenorganisation verpflichtet, die weltweite Solidarität mit Frauen zu stärken.

Kann ich auch außerhalb der Aktionszeit spenden bzw. Spenden sammeln?

Ja. Im Rahmen von Veranstaltungen oder zu besonderen (persönlichen) Anlässen werden immer wieder Spenden auch unter dem Jahr gesammelt. So bietet es sich an, etwa zu runden Geburtstagen/Jubiläen statt der Geschenke um Spenden zu bitten. Die Aktion Familienasttag bietet dafür den Projektservice an, der ausgewählte Projekte vorstellt. Weitere Informationen zu diesen Projekten erhalten in der Ö-Stelle.

Kann ich der kfb für ihre entwicklungspolitische Arbeit etwas vererben?

Ja. Sowohl die kfb (als Katholisches Frauenwerk) als auch die Aktion Familienasttag sind eigenständige Vereine. Sie können diese daher in einem Testament berücksichtigen.

Familienasttag ist doch nur einmal im Jahr, muss man da das ganze Jahr über arbeiten?

Die Situation der weit verbreiteten Schlechterstellung der Frauen und die ungerechten globalen Verhältnisse kennen keine Fastenzeit. Frauen brauchen das ganze Jahr über unsere Solidarität. Daher pausiert auch die Projekt-, Bildungs-, Anwaltschafts- und Öffentlichkeitsarbeit nicht: Projektanträge müssen überprüft, laufende Projekte begleitet, kontrolliert und abgerechnet werden. Die Frauen der kfb werden über die Schwerpunkte der jeweiligen Aktion informiert und Bildungsunterlagen werden erstellt.

Ist es nicht besser, das Geld direkt an Personen zu schicken, die man kennt, wie z.B. eine Ordensfrau, einen Priester, einem/r EntwicklungshelferIn?

Entwicklungszusammenarbeit setzt große Kenntnisse über gesellschaftliche, politische und religiöse Zusammenhänge voraus. Persönliche Bekanntschaft ist nicht immer ein Garant dafür, dass Spenden effizient verwendet werden. Noch so guter Wille und noch so großes Engagement können Sachkenntnisse nicht ersetzen. Durch Einbettung in eine Organisation ist Kontinuität gewährleistet – das Projekt hängt nicht ausschließlich an einer Person. Zusätzlich ist in einer Organisation automatisch mehr Kontrolle gegeben. Essentiell ist eine Koordination der Entwicklungsförderung, damit die Spenden möglichst gerecht und effizient eingesetzt werden.

Wozu diese vielen Materialien, Werbung ... das kostet doch alles Geld?

Wenn wir Partnerschaft ernst nehmen, sind Informationen über die Lebenssituation von Frauen in unseren Projektländern und entwicklungspolitische Bildungsar-

beit hier in Österreich unerlässlich. Denn das ist unser Beitrag dazu, Veränderungen von globalen Strukturen in Gang zu setzen. Nur wissende Menschen engagieren sich und können sich mit Argumenten in (aktuelle) Diskussionen einbringen. In Zeiten der Informations- und Medienflut muss die Aktion Familienasttag der Bevölkerung immer wieder bewusst gemacht werden. Sparsamkeit und ökologische Produktion sind bei der Produktion der Materialien aber selbstverständlich. Ohne Rundfunk- und Fernsehwerbung kommt heute eine österreichweite Kampagne kaum mehr aus. Die kfbö versucht durch Sponsoring und ehrenamtliches Engagement die Kosten so niedrig wie möglich zu halten.

Warum sind die Projekte nur in einigen wenigen Ländern?

Qualitätsvolle Arbeit braucht umfangreiche Expertise und Kontakte vor Ort. Durch die Konzentration auf bestimmte Projektländer und –gebiete können wir die Ressourcen besonders effizient einsetzen.

Wieso bleibt auch Geld bei Organisationen in Österreich?

Die Bewusstseinsbildung der österreichischen Bevölkerung ist zentraler Teil des entwicklungspolitischen Auftrags der kfb. Da wir nicht alle Bevölkerungsschichten gleich gut erreichen und es hervorragende Initiativen zu wichtigen Themen gibt, die wir nicht selber zur Gänze abdecken können, unterstützen wir projektbezogen auch Organisationen in Österreich bzw. beteiligen uns finanziell an gemeinsamen Veranstaltungen/Kampagnen. Die Vernetzungsarbeit dient der wirksamen Kooperation, um gemeinsam mehr zu erreichen.

Wieso gibt es bei der Aktion Familienasttag keine Patenschaften?

Das Bild der Patin bzw. des Paten vermittelt eine Position der Gönnerin bzw. Gönners, es entsteht eine Abhängigkeitsbeziehung zwischen der/m Gebenden und der/m Empfangenden, die weder unserem Menschenbild noch unserem Partnerschaftsverständnis entspricht. Nachhaltige Veränderung kann nur durch Förderung von Entwicklung in Gemeinschaften entstehen. Patenschafts-Modelle schaffen Ungleichheiten zwischen Geförderten und Nicht-Geförderten in Familien und Gemeinschaften. Die kfb versteht sich als Partnerin für ganze Gemeinschaften, statt als Gönnerin für einzelne. Überdies entsteht bei Patenschaften großer Druck: für besonders „interessante“ Projekte, besonders „attraktive“ Menschen – der Aktion Familienasttag ist es ein Anliegen, auf die Bedürfnisse der Partnerinnen einzugehen, anstatt Projekte hinsichtlich ihrer „Attraktivität“ für Patenschaften auszuwählen.

Rundenmodell für Frauengruppen

(Dauer ca. 1,5 bis 2 Stunden)

Begrüßung und Einstimmung

mit dem Lied „Die Erde ist ein Haus für alle Menschen“ oder Lied „Wir erwarten einen neuen Himmel“

Einführung:

Das Jahresthema der Katholischen Frauenbewegung 2015 bis 2017 heißt „Weil’s gerecht ist“ 2015/16 mit dem Zusatz „setzen wir uns ein“ und 2016/17 mit dem Zusatz „fairändern wir die Welt“.

- Es geht um Gerechtigkeit, um unseren christlichen Auftrag: Was ist gerecht, was ist ungerecht? Wie kommt es zu so viel Ungerechtigkeit auf der Welt?
- *Alternative:* Weltspiel klassisch oder in einer (neuen) frauenspezifischen Variante (siehe nachfolgender Artikel)

Einstieg ins Thema

(zu zweit): Wo finde ich etwas besonders ungerecht?

- in meinem unmittelbarem Umfeld, gesellschaftlich, weltweit
- auf Kärtchen (drei verschiedene Farben) sammeln, im Plenum erst ordnen, dann auswählen, was besonders ungerecht ist.

Gespräch + Information:

- Was wäre gerecht?
- Wie entstehen Ungerechtigkeiten?

Inhaltlicher Impuls

zum Thema Gerechtigkeit: **Was wäre gerecht?**

- „Alle 60 Tage trinken wir Kaffee [...]
- 14 Jahre und 8 Monate im arbeitsfähigen Alter ist jede einzelne Person arbeitslos [...]
- 154 Tage im Jahr haben wir keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen.“ (Pfrunder: Neotopia. 2003.)

Dies sind nur drei Beispiele, anhand derer sehr anschaulich wird, was globale Verteilungsgerechtigkeit tatsächlich bedeutet, also wenn man alles Vorhandene (Güter, Lebensräume, Qualitäten) gleichmäßig auf über 7 Milliarden Menschen verteilt. Dabei ist die Verteilung materieller Güter das Eine, soziale Gerechtigkeit das Andere. Aber gerade die für sozialen Frieden und Lebensqualität wichtigen Aspekte sind innerhalb unserer Gesellschaft und vor allem weltweit ungleich und ungerecht verteilt.

Der hebräische Begriff *zedaka* / Gerechtigkeit bezeichnet ein an der Gemeinschaft orientiertes Handeln, das Tun der Gerechtigkeit. Zwischen Menschen bedeutet Gerechtigkeit die Ausrichtung am Gemeinwohl. Gegen unsolidarisches, nur auf den eigenen Vorteil bedachtes Handeln appellieren die Propheten, end-

lich „Recht und Gerechtigkeit“ im Land zu verwirklichen (Bibelwerk).

Die Frage der globalen Verteilung steht im engen Zusammenhang mit dem Konzept der Nachhaltigkeit. Bei Nachhaltigkeit geht es um Bewahrung der Umwelt, Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Gewährleistung von politischer Partizipation. Drei Grundprinzipien sind dabei wichtig: Die globale Perspektive, der Zusammenhang zwischen Umwelt- und Entwicklungsaspekten und die Notwendigkeit von Gerechtigkeit unter den heute lebenden Menschen und zwischen den heute Lebenden und ihren Nachkommen, also zwischen den Generationen. Zu den Zielen sozialer Nachhaltigkeit gehören die gerechte Verteilung sozialer Güter, wie etwa Gesundheit, Bildung, die Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Nahrung, Unterkunft und Kleidung

sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen. Dem wirken jedoch aktuelle Phänomene stark entgegen, wie etwa die Ausbeutung durch Arbeit, mangelnder Zugang an Produktionsmitteln, wie etwa Land, sowie die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen.

Ein zentraler Aspekt, der ganz entscheidend lokal wie global soziale Nachhaltigkeit beeinflusst, ist die Geschlechtergerechtigkeit. So sind Frauen weltweit viel stärker als Männer von Armut betroffen, haben weniger Möglichkeiten der sozialen Teilhabe und geringere Chancen auf Bildung und Zugang zu öffentlichen Gütern. Und Frauen sind auch in der Mehrzahl die Opfer von Gewaltakten.

Ein Ziel von Entwicklungszusammenarbeit muss daher vor allem die Gerechtigkeit zwischen den

Geschlechtern sein. Für die kfb steht im Rahmen der Projektarbeit die Ermächtigung der Frauen im Zentrum. So werden schwerpunktmäßig solche Projekte unterstützt, in denen Frauen die Möglichkeiten und den Raum geboten bekommen, ihre eigene Lebenssituation zu meistern, selbst etwas zu verändern und für sich und andere sowie für gerechte Strukturen einzutreten. Parallel dazu sieht die kfb als österreichische Frauenorganisation auch ihre Verantwortung im eigenen Land. Sie versucht durch Bildungsarbeit und verstärkte politischer Anwaltschaft, Bewusstsein zu schaffen und die Stimme für die Rechte und Bedürfnisse der Frauen hier und in den Partnerländern zu erheben. Es bedarf einer wachen und aufgeklärten Bevölkerung, die engagiert für globale Gerechtigkeit im Heute und Hier eintritt, wie etwa in der Forderung nach einer globalen Finanztransaktionssteuer.

Arbeit zum Jahresthemaplakat oder zu einer Bibelstelle

Zweiergruppen oder zu viert:

- Wie sähe eine gerechte Welt aus?
- Welche Ansätze kennen wir, bei welchen sind wir dabei?
- Was sehen wir als unseren christlichen Auftrag, was sind unsere Möglichkeiten (Eventuell Plakat gestalten)?

Gespräch im Plenum über Beiträge der Gruppen

Informationen über die Aktion Familienfasttag

Abschluss

mit Text „Du bist Gerechtigkeit“ oder
Lied: „Die Zeit zu beginnen ist jetzt“

Du bist Gerechtigkeit

Du bist Gerechtigkeit
Du bist Gerechtigkeit -
lebst in all den Initiativen von Menschen
die sich nicht abfinden mit Ausgrenzung und Ausbeutung

Du bist beharrliche Geduld -
wirksam in all den Menschen
die den langen Atem der Hoffnung einüben

Du bist leidenschaftliche Kraft -
erfahrbar in einer Widerstandskultur
wo jeder Mensch seine Würde behält

Du bist wohlwollende Zuwendung –
sichtbar im unermüdlichen Glauben an das Gute im Menschen
das sich auch in der Parteinahme für die Kleinen zeigt

Du bist Gerechtigkeit und Barmherzigkeit -
geheimnisvoll nahe in unserem Hunger und Durst
nach deiner verwandelten Welt
wo alle gesättigt aufrecht gehen können

Pierre Stutz

Das neue Weltspiel aus Frauenperspektive: Die Welt „begreifen“

Das Weltspiel ist ein Schätzspiel zu Globalisierung und Gerechtigkeit, das von Welthaus Österreich entwickelt und für die Impulstreffen der kfb mit frauenspezifischen Daten ergänzt wurde.

Große Zahlen haben es an sich, dass wir sie uns kaum vorstellen können. Beim Weltspiel erarbeiten die SpielerInnen gemeinsam ein Bild unserer Erde, das die Verteilung der Weltbevölkerung und die ungleiche Verteilung von Wohlstand und Gütern weltweit aufzeigt.

Anschaulich wird auf ungerechte Wirtschaftsabläufe, die Verteilungsungerechtigkeit und die Verarmung vieler Menschen hingewiesen. So werden bei den MitspielerInnen Neugier und Interesse für die Zusammenhänge zwischen lokalen und globalen Entwicklungen geweckt.

Unterschiedliche Weltsichten kommen zur Sprache und Fragen tauchen auf:

- Was prägt meine Einschätzung der Bevölkerungsaufteilung?
- Welche Bilder, Interessen und Ängste stehen dahinter?
- Wie entstehen diese Bilder?
- Sind diese Bilder veränderbar?
- Was bedeutet dies für die Situation von Frauen?

Durch Diskussion und Abwägen der Argumente versuchen die SpielerInnen eine gemeinsame Lösung zu finden. Wer einmal selber Spielerfahrung als TeilnehmerIn gesammelt hat, kann das Weltspiel in Frauen-Gruppen, Eine-Welt-Runden etc. als SpielleiterIn einsetzen. Es bietet sich auch als Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit Themen wie z.B. Fairer Handel, Flucht und Migration oder Klimawandel an.

Spieldauer:
circa 20 bis 30 Minuten.

Anzahl der SpielerInnen:
ab fünf Personen und ein/e SpielleiterIn.

Verleih:
Da es weder in jeder Diözese ein Welthaus gibt noch jedes Welthaus diese neue Fassung des Weltspiels führt, kontaktieren Sie bitte das Welthaus Linz: 0732 /7610 3270.
Die KollegInnen dort können Ihnen das Weltspiel (gegen Kautions von € 30,-) ausleihen oder Ihnen Bezugsorte in Ihrer Diözese nennen.

Niemand sucht aus

Man sucht sich das Land seiner Geburt nicht aus,
und liebt doch das Land, wo man geboren wurde.

Man sucht sich die Zeit nicht aus, in der man die Welt betritt,
aber muss Spuren in seiner Zeit hinterlassen.

Seiner Verantwortung kann sich niemand entziehen.

Niemand kann seine Augen verschließen, nicht seine Ohren,
stumm werden und sich die Hände abschneiden.

Es ist die Pflicht von allen zu lieben,
ein Leben zu leben,
ein Ziel zu erreichen.

Wir suchen den Zeitpunkt nicht aus,
zu dem wir die Welt betreten,
aber gestalten können wir diese Welt,
worin das Samenkorn wächst,
das wir in uns tragen.

Gioconda Belli

Gioconda Belli: in der Farbe des Morgens. München dtv 1992, S.40.

Glossar

Anwaltschaft/Advocacy

Gesamtheit von Aktivitäten, die angewendet werden, um Einfluss auf soziale, politische und/oder wirtschaftliche Strukturen im Interesse Anderer zu nehmen, deren Bedürfnisse, Rechte oder Interessen durch diese verletzt bzw. nicht befriedigt werden (siehe oben).

Entwicklung/Entwicklungspolitik/ Entwicklungszusammenarbeit

Das Verständnis der Begriffe Entwicklungszusammenarbeit/ -politik ist ebenso facettenreich wie die Definitionen von „Entwicklung“. Ein Konsens besteht zumindest darin, dass unter Entwicklung weit mehr als reine wirtschaftliche Entwicklung verstanden wird, sondern politische, soziale und kulturelle Aspekte ebenfalls umfasst.

Die Begriffe Entwicklungspolitik, -hilfe und –zusammenarbeit werden oft synonym verwendet. Unter Entwicklungspolitik versteht man im Allgemeinen die Summe aller Mittel und Maßnahmen, die von Staaten und internationalen Organisationen aufgewendet und durchgeführt werden, um die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung von Ländern zu unterstützen. Der Begriff Entwicklungszusammenarbeit ist erst seit den 1980ern in Verwendung und soll gegenüber dem Begriff der Hilfe das partnerschaftliche und kooperative Moment des Entwicklungsgedankens betonen, weshalb er v.a. von nichtstaatlichen Akteuren verwendet wird.

Kampagne

Eine Kampagne ist eine zeitlich begrenzte, auf ein Thema fokussierte und mit Zielen oder Forderungen verbundene Aktion, die Öffentlichkeit oder einer bestimmten Zielgruppe Informationen vermitteln möchte, um entweder zur Beteiligung zu ermuntern, eine Bewusstseins- und/oder Verhaltensänderung zu bewirken. In der Regel werden die Inhalte, Fortschritte etc. einer Kampagne für alle Medien (Zeitung, Rundfunk, Fernsehen) aufbereitet und an diese während der gesamten Dauer der Kampagne weitergeleitet. Man unterscheidet verschiedene Typen, u.a. Aktionskampagne, Informationskampagne, Wahlkampagne.

Lobbying

Persönliche Kontaktaufnahme und Gespräche mit politischen Akteuren, insbesondere ParlamentarierInnen und VertreterInnen der Administration, zum Zweck der Einflussnahme auf politische Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse.

Netzwerk

Ursprünglich stammt der Begriff Netzwerk aus den Naturwissenschaften, findet jedoch in den letzten Jahren verstärkt auch in der Sozialwissenschaften und Politik Anwendung. Dort versteht man unter Netzwerk Zusammenschlüsse verschiedenster Akteure zum Zweck des Austauschs (von Informationen und Ressourcen), der Kooperation und/oder der gegenseitigen Unterstützung. Die Zusammensetzung eines Netzwerkes kann sehr unterschiedlich sein und rein zivilgesellschaftliche Organisationen, aber auch privatwirtschaftliche Akteure sowie VertreterInnen der Politik umfassen. Idealerweise zeichnet sich ein Netzwerk durch eine nicht-hierarchische, dezentrale Struktur aus. Ein bekanntes Beispiel stellt das Netzwerk attac dar.

Zivilgesellschaft

Mit diesem Begriff wird der Bereich der Gesellschaft bezeichnet, der sich zwischen Familie, Staat und Markt befindet. Die Zivilgesellschaft bildet ein Gegengewicht zu den Kräften der staatlichen Institutionen und den privat-wirtschaftlichen Unternehmen. Zu den Akteuren der Zivilgesellschaft gehören Vereine (z.B. Sportvereine), Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen und kirchliche/kirchennahe Organisationen (wie etwa die kfb). Diesen Akteuren geht es darum, Interessen, Anliegen und Probleme aus der Lebenswelt des/r Einzelnen zu sammeln, zu organisieren und zu artikulieren, um sie dann in die Öffentlichkeit und auch in die Politik zu tragen.

» WEIL'S GERECHT IST: FAIRÄNDERN WIR DIE WELT!

Selbstbestimmung

Bildung

Fairness

Umverteilung

Solidarität

Zivilcourage

Menschenwürde

Chancengleichheit

»»»

 Katholische
Frauenbewegung

www.kfb.at